

# E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND  
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND  
COOPERATION

Internationale  
Zeitschrift

ISSN  
2366-7249  
Mai 2019

E+Z

D+C

## MÄDCHEN

Sexualkunde ist für weibliche Teenager besonders wichtig

## ANDEN

Wissenschaftler kritisiert Boliviens Rückzieher bei Kinderrechten

## SAHEL

Koordination von humanitärer Hilfe und Entwicklungspolitik in der Tschadsee-Region



# Private Bildung

## Monitor

Politische statt militärische Lösungen für die fragile Sahelzone | Adresssystem für alle Orte der Welt | Was Frauen in die Fänge von Dschihadisten treibt | Protestantische Organisationen diskutieren Vor- und Nachteile der Digitalisierung | Welthungerhilfe und terre des hommes geben Politikempfehlungen an deutsche Regierung | Heutzutage: Küsten- und Klimaschutz durch Mangroven in Indonesien | Impressum 4

## Debatte

Kommentare zu den Ursachen der Konflikte zwischen Wildhütern und Bevölkerung in Kamerun, zur Sexualerziehung von Mädchen und zur Lage in Mosambik nach den verheerenden Verwüstungen durch Zyklon Idai 11

## Tribüne

### MANFRED LIEBEL

Warum Bolivien ein wegweisendes Gesetz für arbeitende Kinder aufgibt 14

### FABIAN BÖCKLER

Nexus-Ansatz als geeignete Lösung des schwierigen und langwierigen Konflikts im Tschadseebecken 16

## Schwerpunkt: Private Bildung

### MARIANO LAPLANE

Wie sich öffentliche und private Bildung auf soziale Ungleichheit in Brasilien auswirken 20

### INTERVIEW MIT SIVALI RANAWANA

Warum sich private Bildungseinrichtungen in Südasiens etabliert haben 22

### ROLI MAHAJAN

Immer mehr Inder schicken ihre Kinder auf Privatschulen 24

### ALPHONCE SHIUNDU

In Kenia gehen selbst Kinder armer Eltern auf Privatschulen, weil staatliche Schulen so miserabel sind 25

### KARIM OKANLA

Weshalb der Lehrbetrieb an der einst vielversprechenden Houdegbe North American University Benin ruht 28

### CEMA TORK

Skandal um Universitätszulassungen offenbart Ungleichheit und Korruption im US-amerikanischen Bildungssystem 30

### HANS DEMBOWSKI

Fachliteratur über die Bedeutung von privaten Bildungseinrichtungen in Entwicklungsländern 32

## SCHWERPUNKT

# Private Bildung

## Bemühungen um Inklusion

Brasilien ist in allen Bereichen sehr ungleich: Einkommensverteilung, Zugang zu öffentlichen Gütern und öffentlichen Versorgungsleistungen oder Bildung. Letztere sei in den vergangenen Jahren aber inklusiver geworden, stellt Mariano Laplane, Mitarbeiter einer öffentlichen Universität im Bundesstaat São Paulo, fest. SEITE 20

## „Harte Konkurrenz“

In Sri Lanka und ganz Südasiens haben sich private Hochschulen rasch etabliert. Sie bedienen die steigende Nachfrage. Der Hochschulevaluierer Sivali Ranawana erklärt den Trend im Interview. SEITE 22

## Bürde der Eltern

In den vergangenen 20 Jahren sind die Einschulungsraten für Grund- und weiterführende Schulen in Indien enorm gestiegen. Weil staatliche Bildungseinrichtungen oft schlecht sind, wählen viele Eltern Privatschulen – selbst wenn sie wenig Geld haben, recherchierte die freie Journalistin Roli Mahajan. SEITE 24

## Miserable Qualität der Staatsschulen

Privatschulen werden in Kenia sogar in den Familien immer populärer, die sich eigentlich kein Schulgeld leisten können. Diese Entwicklung – bedingt durch die miserable Qualität staatlicher Schulen – verschärft die soziale Kluft, kritisiert der kenianische Journalist und Faktenchecker Alphonce Shiundu. SEITE 25

## Aufschwung und Fall

Die Houdegbe North American University Benin (HNAUB) war einmal eine vielversprechende Privathochschule. Wegen Finanzproblemen ruht mittlerweile der Betrieb. Der ehemalige Dozent Karim Okanla erläutert im Interview die Geschichte der HNAUB. SEITE 28

## Überbewertetes Vorbild

Eltern aus der ganzen Welt schicken ihre Kinder in die USA für eine gute Bildung. Dafür, dass das gelingt, gibt es aber keine Garantie. Das Bildungssystem der USA reproduziert Privilegien, schreibt E+Z/D+C-Praktikantin Cema Tork. SEITE 30

## Vom Markt im Stich gelassen

In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern versagt das staatliche Bildungswesen. Zu viele Grundschul Kinder lernen nicht lesen; zu viele Universitätsabschlüsse sind wertlos. Fast immer haben diese Institutionen weder genug Mittel noch Personal. Also wächst vielerorts das private Schulangebot – von Kindergärten bis Hochschulen. Internationale Geberinstitutionen finden diesen Trend gar nicht schlecht. Die Befürworter sagen:

- Privatschulen leisteten mehr,
- seien flexibler und innovativer,
- regten den Wettbewerb an und
- nähmen dem staatlichen Bildungswesen einen Teil der Arbeitslast ab.

Solch marktliberales Denken ist nicht völlig falsch, übersieht aber etwas Wichtiges: Märkte reagieren auf Kaufkraft, nicht auf Bedarf. Dem Spiel von Angebot und Nachfrage wichtige Teile der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge zu überlassen, führt zu ausgeprägter Benachteiligung. Analphabeten im ländlichen Raum oder städtischen Slums können ihren Kindern, deren Zukunft von Bildungserfolgen abhängt, nicht einmal bei den Hausaufgaben helfen, während wohlhabende Eltern großzügig in Bildung investieren können.

Das vierte Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG) ist „hochwertige Bildung“. Wichtig sind also die Fragen, ob Privatschulen dazu beitragen können oder ob sie sogar die Lösung sind.

Die erste Antwort lautet „ja“, die zweite „nein“. Viele Staatsschulen sind so schlecht, dass sogar Eltern mit niedrigen Einkommen private Alternativen wählen. Privatangebote steigern zudem die Vielfalt des Bildungswesens auf nützliche Weise. Nicht alle haben dieselben Bedürfnisse, Talente und Interessen. Mehr Wahlmöglichkeiten bedeuten, dass mehr Leute das passende Angebot finden. In einem vielfältigen System können die einzelnen Komponenten außerdem voneinander lernen.

Leider verringern Privatschulen nicht immer und überall die Arbeitslast der staatlichen Einrichtungen, sondern auch ihre Qualität, indem sie die besten Lehrer abwerben. Exklusive Exzellenzzentren entstehen, die elterliche Privilegien weiterreichen. Es hat Furore gemacht, dass einige private Schulketten, die sehr niedrige Gebühren verlangen, bessere Ergebnisse erzielten als dysfunktionale Staatsschulen. Das mag stimmen, darf aber nicht davon ablenken, dass teure Privatschulen systematisch besser sind als billige.

Der Markt ist keine Alternative zum Staat, sondern interagiert mit ihm. Kluge Politik kann unerwünschte Markteffekte in gewissem Maß ausgleichen. Finanzielle Förderung kann einkommensschwachen Familien Zugang zu Bildung ermöglichen. Quoten für Minderheiten können Ausgrenzung entgegenwirken. Stimmige Lehrpläne und kompetente Schulaufsicht können Mindeststandards an allen Schulen sicherstellen.

Um das zu schaffen, muss eine Regierung fachlich kompetent und finanzkräftig sein – und wenn sie das ist, muss die Qualitätssicherung im staatlichen Bildungswesen Priorität haben. Alle reichen Nationen, einschließlich der besonders marktorientierten USA, stellen für die große Mehrheit ihrer Bevölkerung ein solides staatliches Bildungswesen bereit. Es erfordert ausreichende Finanzierung, was wiederum von den Steuereinnahmen abhängt. Wenn es gelingen soll, niemanden zurückzulassen, darf die staatliche Daseinsfürsorge – einschließlich des Bildungswesens – nicht weiter vernachlässigt werden.

► **Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.**



**HANS DEMBOWSKI**  
ist **Chefredakteur von E+Z**  
**Entwicklung und Zusammenarbeit/**  
**D+C Development and Cooperation.**  
[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)

Fotos: Fabian von Poser/Lineair, picture-alliance/AP Photo

## Debatte



### Naturschutz wird als Gegner gesehen

Schutzgebiete im Kongobecken stehen derzeit unter heftiger Kritik. Staatliche Wildhüter sollen schwere Gewalttaten gegen Anwohner verübt haben. Ein Team des Seminars für Ländliche Entwicklung (SLE) der Humboldt-Universität zu Berlin hat die Governance im Lobéké-Nationalpark untersucht. Zu welchen Ergebnissen die Forscher kamen, berichtet SLE-Teilnehmerin Henrice Stöbesand.

SEITE 11

## Tribüne



### Nexus ist sinnvoll im Tschadseebecken

In der komplexen Krise im Tschadseebecken ist der viel diskutierte Nexus-Ansatz eine geeignete Lösung, findet der Katastrophenschutz-Experte Fabian Böckler von Plan International. Nexus bedeutet eine verbesserte und zeitgleiche Zusammenarbeit von humanitärer Hilfe, Entwicklungs- und Friedensförderung.

SEITE 16

### Zum Nachteil der Kinder

Bolivien hatte seit 2014 ein wegweisendes Gesetz, das arbeitenden Kindern einen besseren Schutz versprach und ihre Rechte garantierte. Dieses Gesetz wurde nun auf internationalen Druck zum Nachteil der Kinder verändert, kritisiert Manfred Liebel, Soziologieprofessor a. D. der FH Potsdam.

SEITE 14

SAHELZONE

## „Versicherheitlichung schafft keine Sicherheit“

**Zahlreiche Krisen haben die Länder der Sahelzone in existenzielle Probleme gestürzt. Die internationale Gemeinschaft nimmt sie vor allem als Sicherheitskrise wahr und reagiert mit militärischen Einsätzen. Die Zivilgesellschaft vor Ort will hingegen Defizite der Demokratie und Regierungsführung bekämpfen, in denen sie die Hauptursache der Konflikte sieht.**

Von Katja Dombrowski

Die Sahelregion, die sich vom Senegal am Atlantik bis nach Eritrea am Roten Meer erstreckt, ist seit Jahrzehnten von Krisen geschüttelt. Seit der Unabhängigkeit zu Beginn der 1960er Jahre gab es in fast allen Sahelländern schwere bewaffnete Konflikte. Hinzu kamen Militärputsche, Separatistenbewegungen, Revolten, islamistische und andere Aufstände. Das starke Bevölkerungswachstum und der Klimawandel verschärfen die Probleme in der Region. Weitere destabilisierende Faktoren sind Drogenhandel, Waffenhandel und Korruption. Besonders von Gewalt betroffen sind derzeit Mali und die Region um den Tschadsee (siehe Fabian Böckler in der Tribüne dieses e-Papers, S. 16).

Zahlreiche internationale Organisationen, Gruppen und Einzelstaaten engagieren sich in der Sahelzone (siehe auch Julia Maria Egleder in E+Z/D+C e-Paper 2018/02, Schwerpunkt). Dabei beklagen Vertreter lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen einen zu starken Fokus auf die Sicherheit. Die „Versicherheitlichung“ etwa der europäischen Politik gegenüber den Sahelstaaten sei keine adäquate Reaktion auf die Probleme, sie schaffe keine Sicherheit und entspreche auch nicht den Erwartungen der Menschen vor Ort, kritisiert Youssouf Coulibaly, Professor für Völkerrecht und Internationale Beziehungen an der Universität für Rechts- und Politikwissenschaften in Bamako. Die enormen Summen, die beispielsweise für die UN-Mission Minusma in Mali aus-

gegeben werden, könnten anders eingesetzt eine „immense Hilfe“ für die Bevölkerung darstellen, sagte Coulibaly auf der Tagung „Brennpunkt Sahel“, die das Netzwerk Fokus Sahel Ende März in Frankfurt veranstaltet hat.

Nicht nur die Konzentration auf das Thema Sicherheit stieß bei den zahlreichen Teilnehmern aus verschiedenen betroffenen Staaten auf Kritik, sondern auch, dass Sicherheit fast ausschließlich militärisch verstanden werde. Stattdessen müsse menschliche Sicherheit das Ziel sein. „Das bedeutet unter anderem, gut zu essen, gut zu schlafen und sich bewegen zu können, ohne bedroht zu werden“, erklärt Coulibaly. All das sei in Mali nicht gegeben. „Außerdem schürt die Präsenz der Soldaten zu-

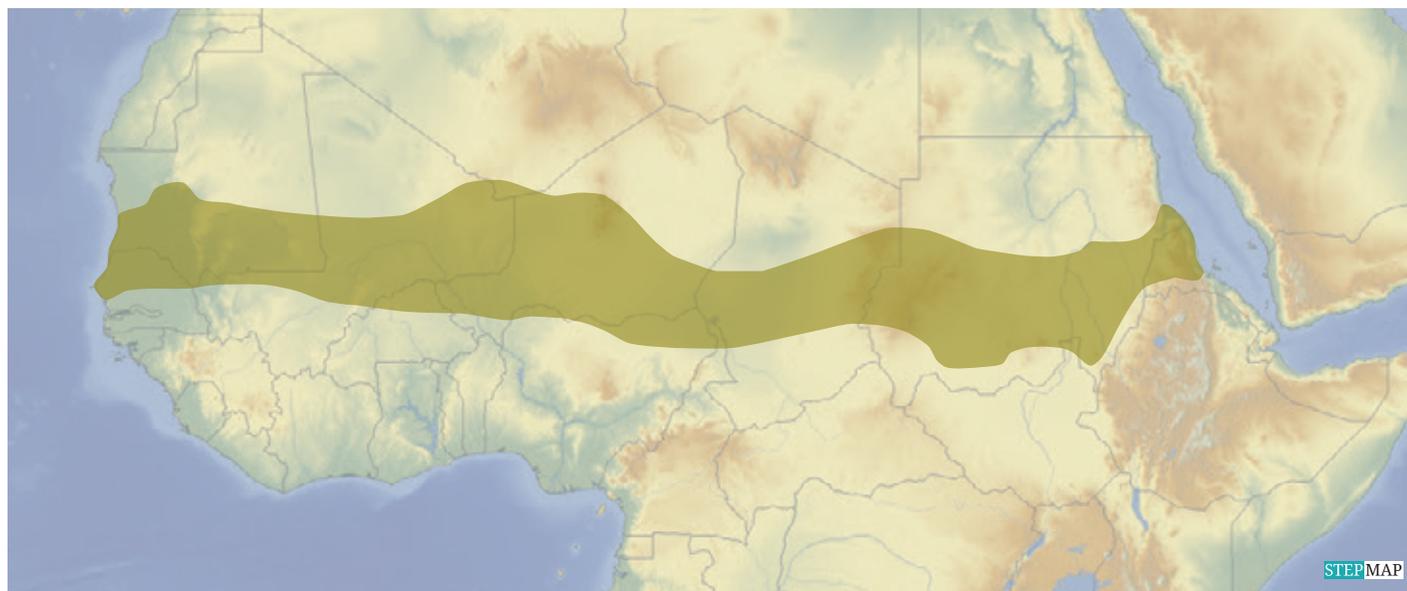
sätzlich Angst in der Bevölkerung“, sagt der Experte, der als Dozent der Alioune Blondin Beye Peacekeeping Training School in Bamako auch an der Ausbildung von Sicherheitskräften beteiligt ist.

Zahlreiche Redner betonten, dass die internationalen Akteure im Sahel eigene Interessen verfolgten – manchmal offensichtlich, manchmal verschleiert. Europa gehe es zum Beispiel um die eigene Sicherheit, indem es versuche, Migration aus Afrika zu verhindern (siehe auch Interview mit Ibrahim Manzo Diallo in E+Z/D+C e-Paper 2019/04, Schwerpunkt). Hinzu kämen strategische, politische und wirtschaftliche Interessen, Letztere etwa in Bezug auf Waffenlieferungen. „Milliarden werden in diese Kriege gesteckt“, sagt Coulibaly. „Man investiert in Kriegsgeräte statt in Sozialleistungen.“

Badié Hima vom National Democratic Institute in Bamako kritisiert zudem, dass mit dem Fokus auf die Sicherheitslage der Aufbau demokratischer Strukturen ins Hintertreffen geraten sei. „Die Demokratisierung ist das Waisenkind in der internationalen Zusammenarbeit geworden“, beklagt der Experte für Menschenrechte und Regie-



Die französische und die deutsche Verteidigungsministerin, Florence Parly und Ursula von der Leyen, mit ihrem nigrischen Amtskollegen Kalla Moutari beim Besuch der Baustelle des Hauptquartiers der G5-Sahel-Staaten 2017 in Niamey.



Die Sahelzone erstreckt sich quer durch Afrika vom Atlantik bis ans Rote Meer.

rungsführung. Viele Errungenschaften seit den 1990er Jahren seien so wieder verlorengegangen.

## STAATSVERSAGEN

Das Erstarken terroristischer und islamistischer Gruppen in den Sahelländern führt Hima vor allem auf die Fragilität der Staaten zurück. Die Regierenden schützten die Rechte ihrer Bürger nicht und stellten keine öffentlichen Dienstleistungen zur Verfügung. „Der Staat war nicht präsent, es entstand ein Vakuum, und dieses Vakuum füllten zum Teil bewaffnete Gruppen.“ Das gelte für mehrere Länder der Sahelzone. Aus dem Osten Nigers werde sogar berichtet, dass die Dschihadisten dort Steuern erhoben haben.

Zivilgesellschaftliche Vertreter verschiedener Sahelländer erklärten, die Menschen hätten keinerlei Vertrauen in ihren Staat und die Regierungen seien durch die Bank nicht legitim, selbst wenn sie durch Wahlen ins Amt gekommen seien. Die Krise ermögliche es ihnen, an der Macht und einem autoritären Regierungsstil festzuhalten oder diesen neu einzuführen, kritisiert Moussa Tchangari von der nigrischen NGO Alternative Espaces Citoyens.

Mit diesen Regierungen arbeiten die internationalen Akteure zusammen – und verschaffen ihnen damit eine Art „Lebensversicherung“. Zum Beispiel im Tschad: Präsident Idriss Déby, der das Land seit 1990 regiert, ist nach Ansicht von Kritikern

nur dank der militärischen Präsenz der Franzosen, die in ihm eine Schlüsselfigur im Kampf gegen Islamisten sehen, noch im Amt. Frankreich wählte die tschadische Hauptstadt N'Djamena 2014 zum Hauptquartier der Operation Barkhane zur Terrorismusbekämpfung in der Sahelregion (siehe Interview mit Mohamed Gueye in E+Z/D+C e-Paper 2017/11, Schwerpunkt). „Der Militäreinsatz hat dem Staatschef Sicherheit gebracht – aber nicht der Bevölkerung“, fasst Baldal Oyamta von der Menschenrechtsorganisation Ligue Tchadienne des Droits de l'Homme zusammen. Auch Coulibaly vertritt die Ansicht, dass sich durch die Zusammenarbeit mit internationalen Akteuren ausgerechnet diejenigen an der Macht halten, die für die Krise verantwortlich seien.

Die ehemalige Kolonialmacht Frankreich habe dank verschiedener Militäreinsätze in der strategisch wichtigen Region ihren Einfluss und ihre Präsenz verstärken können, sagt Tchangari. Auch andere Länder wie Deutschland und Italien hätten Interesse, vor Ort zu sein, um so beispielsweise auch besser mit Algerien und Libyen verhandeln zu können, beides Schlüsselländer für die Flüchtlingsfrage. Seit den 2000er Jahren seien zudem neue Akteure wie Russland und China hinzugekommen, die auch politische und wirtschaftliche Interessen in der Region hätten. Vielen dieser internationalen Akteuren sei daran gelegen, dass die Situation im Sahel so bleibt wie sie ist, warnt

Tchangari. Er sieht die Gefahr, dass bewaffnete Gruppen instrumentalisiert werden, um die Krise weiter bestehen und neue demokratische Bewegungen scheitern zu lassen.

Um ihre Kontrollfunktion ausüben und für Recht und menschliche Sicherheit kämpfen zu können, wünscht sich die Zivilgesellschaft Unterstützung jenseits von Sicherheitspolitik. „Wir brauchen Hilfe vor Ort von den großen Demokratien“, sagt Hima. Im Tschad bräuchten die Menschen zu allererst rechtlichen Schutz, betont Oyamta: „Es gibt keine Gesetze, die die Menschen schützen.“ Auch physischer Schutz sei nötig. Die Ausbildung von Sicherheitskräften und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Tschadseebecken hält er für unerlässlich. „Die meisten Truppen vor Ort können noch nicht einmal ihren Namen schreiben – das ist ein großes Problem“, erklärt er.

Auch traditionelle Autoritäten dürfen laut Oyamta nicht außen vor gelassen werden. Konfliktlösung hat in Afrika seit jeher so funktioniert. Es stellt sich aber die Frage, ob traditionelle und religiöse Führer die Interessen aller Beteiligten vertreten. Frauen und junge Leute seien in den traditionellen Mechanismen beispielsweise eher unterrepräsentiert. Tchangari ist noch aus einem anderen Grund skeptisch: „Die traditionellen Strukturen gibt es nicht mehr“, sagt er. „Heute kann man keinen Frieden machen ohne internationale Hilfe von außen.“

Dienstleistungen

# Adressen für die ganze Welt

**Die Lieferung von Produkten, Dienstleistungen oder sogar erster Hilfe scheitert oft an ungenauen Informationen über den Standort des Adressaten. Ein Algorithmus, der jedem Ort der Welt eine einzigartige Drei-Wort-Adresse zuweist, kann Abhilfe schaffen.**

Von Giles Rhys Jones

Mehr als drei Viertel aller Länder haben laut UN-Angaben entweder kein oder ein schlechtes Adresssystem. Dabei sind genaue Adressen ein wichtiger Teil der Infrastruktur. Sie ermöglichen das Erbringen von Dienstleistungen – im Gesundheitswesen, Transport, Rettungsmaßnahmen und vielen anderen Bereichen –, die wiederum dazu beitragen, dass Gemeinschaften gut funktionieren.

Vor allem in Entwicklungsländern sind Adressen oft veraltet, oder es gibt gar keine. Für solche Fälle bietet das Geocodierungssystem von „what3words“ eine Lösung, das von dem gleichnamigen britischen Start-up-Unternehmen entwickelt wurde. Es unterteilt die gesamte Erdoberfläche in drei mal drei Meter große Quadrate. Jedem Quadrat wird eine einzigartige Adresse zugeordnet, die aus drei Wörtern besteht.

Mit diesem System erhält jeder Ort auf der Welt eine verlässliche und genaue Adresse. Das gilt für ein Wohnhaus in einem Township in Südafrika, in dem es weder Straßennamen noch Hausnummern gibt, genauso wie für ein kleines Geschäft in einer informellen Siedlung in Brasilien oder auch ein ganz bestimmtes Zelt in einem Flüchtlingslager.

Die what3words-Software ermöglicht die Umwandlung jeder Drei-Wort-Adresse in GPS-Koordinaten und die Übersetzung in andere Sprachen. Das System ist bereits in mehr als 170 Ländern in Gebrauch, und das in London ansässige Unternehmen arbeitet mit tausenden Behörden, NGOs und Firmen zusammen, darunter Mercedes-Benz, Ford, Airbnb, die UN und das Rote Kreuz.

Seit ihrer Einführung 2013 ist die Technologie zum Adressstandard von acht Postdienstleistern geworden, zum Beispiel

in Côte d'Ivoire, Dschibuti, Tonga und der Mongolei. Im Gegensatz zu konventionellen Adresssystemen, deren Einführung oft Jahrzehnte dauert und Millionen kostet, kann what3words sofort benutzt werden. Das System basiert auf einer klar definierten Datenbank und funktioniert auch offline.

Die zugehörige App gibt es in 30 Sprachen; für individuelle Nutzer ist sie kostenlos. Qualifizierten NGOs bietet what3words Hilfe bei der Implementierung an. Das System kommt zunehmend in Entwicklungsländern zum Einsatz. Beispielsweise gab es in Arua in Uganda eine Kooperation mit dem HumanTech Innovation Lab (HTiL) und dem Community Development Centre (CDC), um die Unterkünfte von mehr als 100 000 Menschen in Flüchtlingslagern zu identifizieren. So konnte medizinisches Personal diejenigen finden, die auf Hilfe angewiesen waren, und auch in Notfällen schnell am richtigen Ort sein.

In einem ähnlichen Projekt verwendet die südafrikanische gemeinnützige Organisation Gateway Health Institute what3words, um tausenden Häusern im Township Durban Adressen zuzuweisen. Die NGO hat lokale Rettungswagenfahrer in die Anwendung der App eingewiesen, damit

sie Patienten schnell erreichen können, darunter auch Schwangere in Not. Außerdem können die Behörden dank des Systems Krankenakten für Mütter und Babys anlegen. Zum Teil stellt what3words auch physische Schilder mit der Drei-Wort-Adresse zur Verfügung, die an den Häusern angebracht werden können, und unterstützt lokale Initiativen bei der Verteilung der Schilder.

Ziel des Unternehmens ist es, dass sein System zu einem weltweiten Adressstandard wird, so dass jeder Einzelne – ob er in der Stadt wohnt, auf einer einsamen Insel oder in einer Jurte in der mongolischen Steppe – eine einfache und verlässliche Adresse besitzt. Dazu müssten unter anderem Lieferfirmen die Drei-Wort-Adressen verwenden.

Ein zuverlässiges Adresssystem könnte dem Online-Handel Auftrieb verleihen, indem es Zweifel über den exakten Bestimmungsort von Produkten ausräumt. Das könnte das Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern befördern und gleichen Zugang zu bestimmten Dienstleistungen schaffen. Außerdem könnte what3words in Notsituationen Leben retten, indem es Rettungsdiensten und Hilfsorganisationen exakte Ortsangaben zur Verfügung stellt.



**GILES RHYSS JONES** ist Marketingchef von what3words. what3words gibt es als kostenlose App für iOS und

Android und unter: <https://map.what3words.com>



Jeder Ort auf der Welt hat eine einzigartige Drei-Wort-Adresse: Haus in einer abgelegenen Gegend von Côte d'Ivoire.

DSCHIHADISTINNEN

# Warum Frauen in den „Heiligen Krieg“ ziehen

**Weltweit nimmt die Anzahl der Frauen, die in den „Heiligen Krieg“, den Dschihad, ziehen, zu. Was bewegt sie dazu? Und welche Rolle spielen sie in dschihadistischen Organisationen? Diesen Fragen gehen zwei jordanische Islamismusexperten in einer kürzlich erschienenen Studie auf den Grund.**

Von Dagmar Wolf

Frauen geben ihre Freiheit auf, um sich freiwillig vollzverschleiern und strengen patriarchalischen Strukturen zu unterwerfen – für die westliche Denkweise ist dies nur schwer zu verstehen. Doch gerade unter dem besonders strikten Regime von ISIS stieg die Zahl der Rekrutinnen in den vergangenen Jahren stark an. Bisher gab es dazu nur wenig Literatur. Mit ihrem Buch „Dschihadistinnen – Faszination Märtyrertod“ stoßen die Autoren Hassan Abu Hanieh und Mohammad Abu Rumman in eine Lücke.

Die aktive Rolle der Frau in den islamistischen Bewegungen ist tatsächlich ein neues Phänomen. Bis Anfang dieses Jahrhunderts war ihre Rolle auf die der Gebäurerin, Erzieherin und Unterstützerin der Kämpfer beschränkt. Erst mit dem Erstarken von ISIS änderte sich das.

Im Vergleich zu al-Qaida und anderen dschihadistischen Organisationen verfügt ISIS über bessere Propaganda- und Rekrutierungsmöglichkeiten, ist in sozialen Medien wesentlich präsenter und bietet Kommunikation in mehr Sprachen an. Mit der Einnahme der Städte Raqqa in Syrien und Mossul im Irak sowie der Ausrufung des Kalifats im Jahr 2014 kam es laut der Autoren regelrecht zu einem Frauen-Boom. Hunderte Frauen aus allen Teilen der Welt schlossen sich der Terrormiliz an.

Zwar haben sie nach wie vor kaum Führungspositionen inne, aber sie spielen eine wesentlich aktivere Rolle und nehmen administrative und logistische Aufgaben wahr. Nicht zu unterschätzen seien ihre

Aufgaben in der Kommunikation von ISIS, betonen Hanieh und Rumman. Denn dies gebe ihnen die Möglichkeit, auf das Handeln und die Entwicklung der Gruppe Einfluss zu nehmen.

Hanieh und Rumman machen aber deutlich, dass die weiblichen Dschihadistinnen keinesfalls feministischer oder säkularer als ihre männlichen Mitkämpfer seien. Sie seien genauso strenggläubig und unterwürfen sich archaischen und patriarchalen Dogmen.

Der zweite Teil des Buches besteht aus Fallbeispielen von etwa 50 Frauen aus Nordafrika, dem Nahen Osten, Saudi-Arabien, Europa und den USA. Aufgrund der schwierigen Quellenlage basiert die Studie hauptsächlich auf schriftlichen und mündlichen Zeugnissen der jeweiligen Frauen oder ihres Umfelds, aber auch auf Dokumenten und Gerichtsurteilen. Die Studie ist nicht repräsentativ. Dennoch gelingt es den Autoren, ein Bild der verschiedenen Motivationen der Frauen zu zeichnen – und dadurch auch wichtige Hinweise für die Präventionsarbeit zu liefern.

Mit der klischeehaften Vorstellung von Dschihad-Bräuten, religiöser Gehirnwäsche ungebildeter und verzweifelter oder naiver Frauen können die Autoren schnell aufräumen. Es sind nicht die ungebildeten, mittellosen Frauen, die in den Dschihad ziehen. Im Gegenteil, wie die Fallbeispiele zeigen, sind es in erster Linie akademisch gebildete, oft wohl situierte Frauen. In den überwiegenden Fällen gab es einen Wendepunkt im Leben der Frauen, der sie dazu veranlasste, ihr bisheriges Leben hinter sich zu lassen und sich dem bewaffneten Kampf anzuschließen. Wichtige Faktoren sind:

- die sich wandelnde weltpolitische Lage (z. B. der Einmarsch im Irak und in Afghanistan oder der Syrienkonflikt) und die damit oftmals verbundene Demütigung, die muslimische Gesellschaften erfahren,
- der Umgang mit Brüdern, Vätern und Ehemännern in Gefangenschaft,

- der Verlust von Familienangehörigen. In Konfliktgebieten lasten Krieg und Elend, aber auch Rachegefühle und das Gefühl, Unrecht zu erleiden, schwer auf den Frauen. Und im Westen stellt sich für Musliminnen die Frage nach der Selbstdefinition und den persönlichen kulturellen Werten. Eine große Rolle bei der Radikalisierung spielten sowohl die virtuelle Welt als auch soziale Beziehungen und gegenseitige Beeinflussung. Nach Schlussfolgerung der Autoren sind es also politische und persönliche Gründe, die Frauen in die Arme von ISIS treiben. Die Dschihadisten locken mit einem angeblich „alternativen politischen



**Westliche Länder tun sich schwer mit ISIS-Rückkehrern: Die britische Dschihadistin Shamima Begum mit ihrem im Februar in einem syrischen Flüchtlingslager an Lungenentzündung verstorbenen Baby.**

Projekt“ sowohl zur westlichen Moderne als auch zu den arabischen Regimen, erklären Hanieh und Rumman.

Zwar hat ISIS laut Medienberichten weltweit an Stärke und Einfluss verloren, doch die Gefahr ist noch lange nicht gebannt. Denn die Ideologie lebt in den Köpfen der Frauen und Männer weiter. Sie kann nur durch das Angehen der Probleme, die zu dieser Denkweise geführt haben, wirkungsvoll bekämpft werden.

## BUCH

**Hassan Abu Hanieh, Mohammad Abu Rumman, 2018: Dschihadistinnen. Faszination Märtyrertod. Bonn, Dietz.**

DIGITALTECHNIK

# Die richtige Methode anwenden

**Die Digitalisierung hat das Potenzial, die Zukunft der Entwicklungsländer drastisch zu verändern: zum Guten wie zum Schlechten. Mit den protestantischen Kirchen in Deutschland verbundene Organisationen diskutieren die Trends kürzlich auf einer Konferenz in Berlin.**

Von Cerna Tork

Ein positiver Aspekt ist, dass digitale Messprogramme im Gesundheitswesen die Kosten für die Diagnostizierung von Patienten drastisch reduzieren. Nachteilig ist, dass Arbeitsplätze durch künstliche Intelligenz ersetzt werden und dadurch verloren gehen. Für internationale Entwicklungsorganisationen sind diese Trends von Bedeutung – nicht zuletzt, weil sie selbst digitale Techniken in der Zusammenarbeit mit ihren Partnern im globalen Süden einsetzen.

Die nichtkonfessionelle NGO Welthungerhilfe verfolgt einen digitalen Ansatz zur Beseitigung von Unterernährung in Indien und bündelt Ressourcen mit Technologieunternehmen. Kinder werden mit Hilfe von Kameras und Algorithmen gemessen. Die Kosten für die Datenerhebung wurden damit von 15 Dollar pro Kind auf lediglich 0,10 Dollar reduziert. Mitarbeiter protestantischer Entwicklungsorganisationen schätzen daran, dass diese Methode nicht nur die Kosten drastisch senkt, sondern auch die Arbeitsbelastung des Gesundheitspersonals erheblich verringert. Sie können ihre Zeit für wichtigere Aufgaben nutzen.

Die Digitalisierung schreitet in Entwicklungsländern schnell voran. Kathleen Ziemann von der GIZ weist darauf hin, dass 2014 in Dar es Salaam nur vier Prozent der Menschen Zugang zum Internet hatten. Lediglich drei Jahre später war der Anteil auf 40 Prozent gestiegen. Immer mehr Menschen auf der ganzen Welt erhalten Zugang zu Internet und Technik.

Durch das Internet werden auch Arbeitsplätze in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit geschaffen. Menschen in Entwicklungsländern können sogar Geld damit verdienen, für ausländische Unternehmen

online zu arbeiten. Ein Teilnehmer sagte, dass die Digitalisierung physische Grenzen überschreitet, was den Menschen lukrativere Jobs vor Ort am Computer ermöglichen kann, ohne dass sie ihr Heimatland verlassen müssen.

Die Digitalexpertin und Linken-Bundestagsabgeordnete Anke Domscheit-Berg schlägt vor, dass die reichen Nationen digitale Plattformen schaffen sollen, um Kapi-

nigen Bildungschancen profitieren – wenn sie Zugang zum Internet haben. Das ist dank Smartphones nicht mehr ungewöhnlich.

Auf der anderen Seite gehören Menschen im globalen Süden auch zu den Verlierern der Digitalisierung. Manuelle Arbeit wird zunehmend von Roboter statt von Menschen ausgeführt – zum Beispiel in automatisierten Containerterminals der Häfen. Arbeitsplätze gehen auch wegen künstlicher Intelligenz verloren. Mittlerweile werden Programmierung und Roboterdesign meist im globalen Norden durchgeführt. Die Teilnehmer der jährlichen Konferenz zur Entwicklungspolitik der evangelischen Kirche im März sprachen sich in Berlin dafür aus, dass glaubensbasierte Organisationen Men-



Fernunterricht in Kakuma, einem kenianischen Flüchtlingslager.

tal in Entwicklungsländer zu bringen und Menschen dort Jobs zu ermöglichen. Sie wünscht sich, dass Websites und Apps die Marketingbedürfnisse von Freiberuflern erfüllen – zum Beispiel könnten sie einen Programmierer in Nigeria mit einem Arbeitgeber in Australien oder Japan verbinden. Die Idee ist, arbeitslose, aber qualifizierte Jugendliche mit Unternehmen zu verbinden, in denen ihre Fähigkeiten gefragt sind.

Außerdem bietet E-Learning die Möglichkeit, sich außerhalb der klassischen Bildungseinrichtungen zu qualifizieren. Davon können auch Menschen in Regionen mit schlechter Verkehrsinfrastruktur und we-

schen in Entwicklungsländern ermöglichen, den Anschluss an Spitzentechnologie nicht zu verlieren.

Es bestehen jedoch weiterhin große Herausforderungen. Zum Beispiel kann Rassismus in Softwareprogramme eingebettet werden. In Berlin nannten mehrere Teilnehmer „rassistische Roboter“ als Beispiel. Diese erfassen dunkelhäutige Menschen durch wenige Daten zur Gesichtserkennung. Diese technologische Verzerrung mache deutlich, warum es sehr wichtig sei, dass Entwicklungsländer – besonders in Afrika – eine aktive Rolle bei der Digitalisierung spielen.

## ENTWICKLUNGSPOLITIK

# Zu wenig und zu unambitioniert

Die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) Welthungerhilfe und terre des hommes fordern in ihrem aktuellen Bericht „Kompass 2019 – Zur Wirklichkeit der deutschen Entwicklungspolitik“ eine ambitioniertere Politik der Bundesregierung. Der Bericht zeigt, dass es an Finanzierung und richtiger Schwerpunktsetzung fehlt, um die Entwicklungsziele der Agenda 2030 zu erreichen.

Von Sabine Balk

Die Entwicklungsorganisationen kritisieren, dass die Bundesregierung ihre internationalen Verpflichtungen nicht erfüllt. Sie stellt noch immer nicht, wie bereits 1972 im UN-Rahmen zugesagt, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance – ODA) und mindestens 0,2 Prozent der Wirtschaftsleistung für die am wenigsten entwickelten Länder bereit. Die Organisationen fordern von der Bundesregierung einen Stufenplan, der verbindlich aufzeigt, wie sie dieser Selbstverpflichtung mittelfristig nachkommen wird.

Welthungerhilfe und terre des hommes verlangen außerdem, Hunger- und Armutsbekämpfung explizit in den Fokus zu stellen. Die „Sonderinitiative Eine Welt ohne Hunger“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erachten sie als sinnvoll. Sie sollte institutionell verstetigt und die

Mittelausstattung für Hunger- und Armutsbekämpfung langfristig erhöht werden. Die Programme sollten vor allem eine nachhaltige und innovative bäuerliche Landwirtschaft und die ökonomische Entwicklung von ländlichen Räumen stärken.

Hunger- und Armutsbekämpfung erfordern starke zivilgesellschaftliche Organisationen. In vielen Ländern wird der politische und rechtliche Handlungsraum zunehmend eingeschränkt. Die Bundesregierung müsse dieser Entwicklung von „Shrinking Spaces“ mit einer ressortübergreifenden Strategie begegnen.

Wichtig finden die NGOs auch, dass die Entwicklungspolitik nicht der Migrationsabwehr untergeordnet wird: Entwicklungshilfe sollte nicht für innenpolitische Zwecke instrumentalisiert und Unterstützungsmaßnahmen zur Grenzsicherung nicht als Entwicklungshilfe etikettiert werden. „ODA darf kein politisches Druckmittel bei Verhandlungen über Migrations- und Asylpolitik sein“, schreiben die Autoren des Berichts.

In der deutschen Afrika-Politik fehlt es der Welthungerhilfe und terre des hommes an partnerschaftlicher Politik. Die Bundesregierung müsse konkreter an Initiativen und Selbstverpflichtungen der Afrikanischen Union und ihrer Agenda 2063 anknüpfen und deren Umsetzung fördern. Die Organisationen fordern außerdem, dass die Bundesregierung Unternehmen verpflich-

ten sollte, die Achtung der Menschenrechte entlang von Lieferketten sicherzustellen.

Ein weiterer Schwerpunkt im Kompass sind die Auswirkungen von Gewalt und Krieg auf Kinder: Jedes fünfte Kind weltweit ist demnach von Konflikten betroffen. Im Jahr 2017 kam es zu 21 000 bekannten Kinderrechtsverletzungen aufgrund direkter gewaltsamer Auseinandersetzungen. Von 2005 bis 2017 wurden nach NGO-Schätzungen rund eine Viertelmillion Kinder unter 18 Jahren als Zwangssoldaten rekrutiert. Welthungerhilfe und terre des hommes fordern, dass die Bundesregierung eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung von Kinderrechten einnehmen soll. Die Regierung sollte ihr Engagement im Rahmen der UN fortführen und intensivieren, besonders im Rahmen der gegenwärtigen Mitgliedschaft und des zeitweiligen Vorsitzes im UN-Sicherheitsrat.

Gefordert sind konkrete Initiativen zum Schutz von Kindern und die systematische Verfolgung schwerer Kinderrechtsverletzungen durch staatliche wie auch nichtstaatliche Akteure. Hierzu gehöre auch der entschiedene Einsatz gegen die Verweigerung humanitärer Hilfe für Kinder und gegen die gezielte Zerstörung überlebenswichtiger ziviler Infrastruktur wie Krankenhäuser, Gesundheitsstationen, Schulen und Versorgungseinrichtungen für Nahrung und Trinkwasser.

Ein großes Problem bei Konflikten ist die Verfügbarkeit von Waffen, vor allem von für Kinder leicht zu bedienenden Kleinwaffen. Deutschland ist einer der fünf größten Exporteure von Kleinwaffen. Nach Ansicht von Welthungerhilfe und terre des hommes sollte die Bundesregierung deren Export in Konfliktgebiete, inklusive dazugehöriger Munition, grundsätzlich verbieten.

Um Kindern in Konfliktregionen bessere Zukunftschancen zu eröffnen, müssten die Mittel für Bildungsmaßnahmen aufgestockt werden, finden die beiden NGOs. Dies bedeute auch, zusätzliche Gelder für multilaterale Bildungsfonds zur Verfügung zu stellen und acht Prozent des Etats des Auswärtigen Amtes für humanitäre Hilfe in die Förderung von Bildung zu investieren.

## LINK

Kompass 2019 – Zur Wirklichkeit der deutschen Entwicklungspolitik:  
<https://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/pictures/publications/de/studies-analysis/2019-Kompass2019-Welthungerhilfe.pdf>



Entwicklungspolitik muss mehr zum Schutz von Kindern tun: Bedürftige Kinder bekommen eine warme Mahlzeit in Sambia.

## Mangroven gegen Klimawandel

23 Prozent aller Mangrovenwälder sind in Indonesien. Sie schützen die Küste gegen Erosion, Sturmfluten und Tsunamis. Doch laut der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) wurden seit den 1980er Jahren 40 Prozent der indonesischen Mangrovenwälder zerstört. Der Verlust dieser Ökosysteme kann zur globalen Erwärmung beitragen.

Mangroven sind Bäume und Sträucher, die in salzigem Küstenwasser der Tropen wachsen, wo die Wassertemperatur über 20 Grad Celsius liegt. Wenn Mangrovenwälder verschwinden – oft als Folge von Aquafarming –, ist der Küstensaum Erosion und Schäden durch Naturgewalten ausgesetzt.

Die Küste von Palu Bay auf der indonesischen Insel Sulawesi war früher von dichten Mangroven bedeckt, aber sie wurden abgeholzt, um Hotels und Hafenanlagen zu bauen. Der Tsunami am 28. September 2018 traf die Stadt Palu direkt und zerstörte sie fast völlig, weil es keine natürliche Barriere mehr gab, um die Riesenwellen aufzuhalten.

In Palu Bay gibt es nur noch zehn Hektar intakten Mangrovenwald. Dieses geschützte Ökosystem heißt Gonenggati. 30 Menschen aus der Umgebung

kümmern sich darum. Sie pflanzen Mangrovenkeimlinge auf beschädigten Küstenstreifen. „Die Mangroven haben unser Dorf vor der Zerstörung durch den Tsunami gerettet“, sagt Yuryanto, der Koordinator von Gonenggati. Im Mangrovenwald fangen die örtlichen Fischer Krebse und Krabben.

Mehrere Gemeinschaften auf anderen indonesischen Inseln wie Java, Bali, Sumatra und Kalimantan bemühen sich ebenfalls, ihre Mangroven zu schützen. Auch internationale Organisationen wie Mangroves for the Future haben Niederlassungen in Indonesien und unterstützen die Aufforstung der Küstenstriche.

Außer ihrer Schutzfunktion haben Mangroven noch einen weiteren wichtigen Vorteil: Sie absorbieren viel Kohlenstoff. Eine Untersuchung der National-Universität von Singapur von 2018 kam zu dem Schluss, dass Mangroven der „kostengünstigste Lebensraum“ seien, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu mindern. Küstenvvegetation wächst schnell und speichert organische Kohlenstoffe effizienter als tropische Regenwälder oder jegliche andere Ökosysteme.

Der Boden des Mangroven-Ökosystems ist am wichtigsten: 78 Prozent des Kohlenstoffs ist im Erdboden gespeichert, 20 Prozent in lebenden Bäumen und zwei Prozent in abgestorbenen Bäumen. Bei der Abholzung setzt das Mangroven-Ökosystem Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) frei. In Indonesien gelangen so pro Jahr 190 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre, was 42 Prozent des Treibhausgasausstoßes des Landes entspricht.

Umweltschützer fordern, die Entwaldung zu stoppen und die Mangrovenwälder in Indonesien wieder aufzuforschten. Laut Rudhi Pribadi, einem Forscher an der Diponegoro-Universität für Meereswissenschaften in Zentral-Java, könnte dies eine „erfolgreiche Strategie sein, um den Klimawandel zu mindern“.

### LINK

Mangroves for the Future (MFF):  
<https://mangrovesforthefuture.org>



**IKA NINGTYAS**  
ist Journalistin und lebt in Java, Indonesien.

[ika\\_bwi@yahoo.com](mailto:ika_bwi@yahoo.com)

## IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT  
60. Jg. 2019  
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.  
Internet: [www.DandC.eu](http://www.DandC.eu)  
D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH  
Service für Entwicklungsinitiativen  
Tulpenfeld 7  
D-53113 Bonn  
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150  
[www.engagement-global.de](http://www.engagement-global.de)

BEIRAT:  
Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,  
Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

VERLAG:  
FAZIT Communication GmbH  
Geschäftsführer: Peter Hintereder und Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:  
Frankenallee 71–81  
D-60327 Frankfurt am Main  
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:  
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk,  
Katja Dombrowski, Monika Hellstern, Sheila Mysorekar,  
Dagmar Wolf (Assistenz)  
Tel. (0 69) 75 91-31 10  
[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)  
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter Societät GmbH (60%).  
Artdirector: Sebastian Schöpssdau  
Layout: Jan Walter Hofmann  
Übersetzung: Eleonore von Bothmer

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:  
FAZIT Communication GmbH  
c/o InTime Media Services GmbH  
Postfach 1363  
D-82034 Deisenhofen  
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32  
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32  
[fazit-com@intime-media-services.de](mailto:fazit-com@intime-media-services.de)

DRUCK:  
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH  
Kurhessenstraße 4–6  
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+Z-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Webseiten gestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:  
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



## WILDPARKS

# Naturschutz wird als Gegner betrachtet

**Schutzgebiete im Kongobecken stehen derzeit unter heftiger Kritik. Staatliche Wildhüter sollen schwere Gewalttaten an Anwohnern verübt haben. Die deutsche Regierung unterstützt die Schutzgebiete finanziell.**

Von Henrice Stöbesand

Die aktuellen Vorwürfe sind nicht neu: 2016 reichte die Nichtregierungsorganisation „Survival International“ Klage gegen die Umweltorganisation World Wide Fund For Nature (WWF) bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ein, um Menschenrechtsverletzungen durch Wildhüter anzuprangern.

Ein Team des Postgraduiertenprogramms des Seminars für Ländliche Entwicklung (SLE) der Humboldt-Universität zu Berlin hat vergangenes Jahr drei Monate in Kamerun verbracht, um die Governance des Schutzgebiets im Lobéké-Nationalpark zu beleuchten. Der Konflikt zwischen Wildhütern und lokaler Bevölkerung war auch Thema vor Ort.

In jedem der besuchten Dörfer erhoben die Bewohner Gewaltvorwürfe gegen Wildhüter. Bemerkenswert war allerdings, dass die Mehrheit der Befragten angab, direkte Gewaltanwendung nicht selbst erlebt zu haben, sondern sich auf die Erzählung anderer stützte. Der Argwohn gegenüber den Wildhütern war aber groß. Die Wildhüter stehen der Bevölkerung ebenfalls misstrauisch gegenüber. Sie berichteten, sich während ihrer Patrouillen unsicher und bedroht zu fühlen. In ihrem Job ginge es um Leben und Tod, so ein junger Ranger: „Wenn ich heute eine Waffe konfisziere, ist es nicht die Waffe, die mich morgen tötet.“

Der Konflikt wird durch folgende Faktoren verschärft:

- Der 2014 von WWF und der lokalen Organisation CEFAID begründete Beschwerdemechanismus gegen Menschenrechtsverletzungen durch Parkangestellte scheint

nicht zu funktionieren: Der Mechanismus war den meisten der Befragten unbekannt.

- Safari-Unternehmen haben in der Pufferzone des Parks die Rechtsdurchsetzung übernommen und kooperieren – ohne Einbeziehung ausgebildeter Wildhüter – mit dem kamerunischen Militär. Nach Aussagen der lokalen Bevölkerung geht dieses gewaltsam gegen sie vor und hindert sie an der Nutzung ihrer Wälder.

Der kamerunische Staat vernachlässigt seine Wildhüter: Ihre Arbeitsbedingungen sind schwierig, was für viel Frustration der mehrheitlich jungen Männer sorgt. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass dieser Frust ihr Verhalten negativ beeinflusst.

Die internationale Aufmerksamkeit von Menschenrechtsverstößen in Schutzgebieten ist zu begrüßen. Doch: der Fokus auf



**Auch im Lobéké-Nationalpark in Kamerun gibt es Konflikte zwischen Wildhütern und der Bevölkerung.**

den Konflikt zwischen Wildhütern und lokaler Bevölkerung scheint verfehlt. Er stellt nicht das größte Problem dar.

Schutzgebiete sind von sogenannten Pufferzonen umgeben. In Lobéké überlappen sich dort Konzessionen privater Unternehmen und lokale Agrarwirtschaftszonen. Die daraus resultierende Rechtsunsicherheit nützt vor allem den (inter-)nationalen

Holz- und Bergbaufirmen sowie Safari-Unternehmen, welche sich der Kontrolle der Parkverwaltung weitestgehend entziehen. Die Einschränkungen, die diese Konzessionen für die lokale Bevölkerung bedeuten, finden in der medialen Debatte bislang kaum Beachtung.

Der Konflikt zwischen Wildhütern und Lokalbevölkerung ist Symptom eines größeren Grundproblems vor Ort: Naturschutz wird als Antagonist zu sozio-ökonomischer Entwicklung wahrgenommen. Dies ist nicht verwunderlich: Die Bevölkerung ist extrem arm und hat kaum Alternativen zur Jagd und Waldnutzung. Beides ist jedoch stark eingeschränkt. Darüber hinaus zeigt der kamerunische Staat in der Pufferzone nur schwache Präsenz, Basisinfrastruktur wie Straßen, Schulen oder Brunnen ist kaum vorhanden.

Viele der Befragten sehen die Parkverwaltung in der Pflicht, für ihre Grundbedürfnisse zu sorgen. Diesen hohen Erwartungen kann die überforderte Verwaltung aber nicht entsprechen.

Angesichts dieser Probleme fordern viele den Stopp von Geberzahlungen. Die bereits chronisch unterfinanzierten Schutzgebiete des Kongobeckens würden dann nicht mehr weiterbestehen können. Das wäre fatal – für bedrohte Tierarten wie Gorillas und Waldelefanten, doch auch für die Menschen vor Ort. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Schutzgebiete nach Auflösung entweder an private Unternehmen verpachtet oder von kriminellen Jägern eingenommen würden. Vor allem letztere Gruppe hat kaum Interesse, die Nutzungsrechte der lokalen Bevölkerung zu respektieren – und kann nur schwierig zur Rechenschaft gezogen werden.

## REFERENZ

Lambini, C., et al, 2018: Konflikte, Partizipation und Co-Management in Schutzgebieten: Eine Fallstudie über den Lobéké-Nationalpark in Kamerun. SLE Studienreihe 2018 (im Druck).



**HENRICE STÖBESAND** gehörte dem Team des Seminars für Ländliche Entwicklung (SLE) an der Humboldt-Universität in

Berlin an, das die Verwaltung des Schutzgebiets im Lobéké-Nationalpark untersuchte.

[henrice.stoebesand@posteo.de](mailto:henrice.stoebesand@posteo.de)

SEXUALERZIEHUNG

# Unverzichtbare Lektionen

**Laut UN gibt es weltweit 1,2 Milliarden Jugendliche, 16 Prozent der Weltbevölkerung sind zwischen zehn und 19 Jahre alt. Viele von ihnen werden nicht genug sexuell aufgeklärt. Besonders Mädchen sollten mehr über reproduktive Gesundheit und die psychologischen Aspekte von Intimität wissen.**

Von Aditi Roy Ghatak

Es ist nicht unbedingt die Absicht der Erwachsenen, dass junge Leute zu wenig über Sexualität wissen. Oft stehen soziokulturelle Tabus im Weg. Viele Eltern, Lehrer und Politiker fühlen sich unwohl mit dem Thema. Eine Umbenennung in „Familien-Lifestyle-Erziehung“ oder „Familienplanungs-Information“ hilft wenig.

Dennoch ist das für Sexualerziehung aufgewendete Geld gut investiert, denn es greift dreifach: Richtig informiert zu sein hilft den Jugendlichen heute, nutzt ihnen, wenn sie erwachsen sind, und kommt wahrscheinlich auch der Gesundheit ihrer Kinder zugute.

Jugendliche durchleben komplexe körperliche, biologische und emotionale Veränderungen. Die Pubertät wirkt sich auf Körper, Geist und Verhalten aus. Die Tabuisierung von Sexualität verhindert jedoch eine offene und hilfreiche Beratung. Meist übernehmen weder Eltern noch Lehrer die Verantwortung dafür, die Jugendlichen aufzuklären – religiöse Führer und andere Autoritätspersonen genauso wenig.

Daher sind Jugendliche oft schlecht informiert. Sie sind auf das angewiesen, was sie von Gleichaltrigen hören, und das, was die Medien ihnen bieten – im Zeitalter des Internets ist das oft reine Pornographie. Junge Menschen inmitten körperlicher und geistiger Veränderungen brauchen mehr als Gerüchte und Phantasien. Leider sind auch Fernsehsendungen oft schlecht und unangemessen und viele Webseiten fürchterlich. Oft werden den Jugendlichen verdrehte Rollenvorbilder und destruktive Narrative präsentiert, mit fatalen Folgen wie:

- unverantwortlichem Sexualverhalten inklusive Vergewaltigung und Missbrauch,

- früher Heirat,
- ungewollten Schwangerschaften,
- Abtreibungen (oft unsicher und illegal durchgeführt) und
- Infektionen wie HIV/Aids und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten.

Eine gute Sexualerziehung sollte Jugendliche über Gesundheitsrisiken, Verhütung und emotionale Aspekte von Intimität aufklären. Mädchen müssen noch besser informiert werden als Jungen: Sie sind es, die schwanger werden können und für ihre sexuelle Aktivität stigmatisiert werden. Sie haben auch ein höheres Risiko, Gewalterfahrungen zu machen oder sich mit Geschlechtskrankheiten anzustecken.

de. Wie überall argumentieren konservative Führer, Sexualerziehung bringe Jugendliche überhaupt erst auf den Gedanken, sexuell aktiv zu werden.

Ironischerweise werden in vielen Ländern junge Menschen früher sexuell aktiv als ihre Eltern – wobei viele gar nicht begreifen, was sie eigentlich tun und welche Folgen das haben kann. Es gibt zu denken, dass laut UNICEF die Hälfte der HIV-infizierten 15- bis 19-Jährigen aus sechs Ländern kommen: Südafrika, Nigeria, Kenia, Indien, Mosambik und Tansania.

Natürlich ist Sexualkunde auch in reichen Ländern ein kontroverses Thema. In den USA, wo religiöse Konservative sich jahrzehntelang gegen Sexaufklärung aufgelehnt haben, gibt es sehr viele Teenager-Schwangerschaften. Der New York Times zufolge ist die Rate um 41 Prozent gesunken, nachdem Präsident Barack Obama ein umfassendes Programm zur Sexaufklärung eingeführt hatte. Da Präsident Do-



Kondome retten Leben – und verhindern Schwangerschaften.

Laut UNICEF werden rund 15 Millionen der 15- bis 19-jährigen Mädchen zu Sex gezwungen. Vielen wird nie gesagt, was einvernehmlicher Geschlechtsverkehr bedeutet. Dieses Wissen würde aber ihr Selbstbewusstsein stärken. Solange den Mädchen nicht klar ist, dass sexuelle Übergriffe gegen ihren Willen inakzeptabel sind und nicht ihre Schuld, empfinden sie Scham.

Indien ist technologisch sehr fortschrittlich – hinsichtlich der Schulen nicht. Versuche, im passenden Alter Sexualerziehung anzubieten, wurden abgetan, weil das Kultur und Werte des Landes verletzen wür-

nald Trump das nicht fortsetzt, werden die Zahlen vermutlich wieder steigen.

Gesundheit für alle ist eines der Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs), die die UN bis 2030 erreichen wollen. Ohne kompetente Sexaufklärung wird das nichts.



**ADITI ROY GHATAK**  
ist Wirtschaftsjournalistin in Kalkutta.

[aroyghatak1956@gmail.com](mailto:aroyghatak1956@gmail.com)

## NATURKATASTROPHE

# Mosambik vor großen Herausforderungen

**Der Zyklon Idai hat am 14. März Zentralmosambik und besonders die Hafenstadt Beira verwüstet. Über 600 Menschen starben, über 1900 wurden verletzt. Idai machte deutlich, dass das Land auf eine derartige Katastrophe nicht vorbereitet ist. Die Regierung und internationale Geber müssen die gesamte Katastrophenprävention und Stadtplanung neu denken und vor allem umsetzen.**

Von Friedrich Kaufmann und Winfried Borowczak

Mosambik ist in jeder Regenzeit (Oktober bis März) von zwei bis drei Zyklonen betroffen. Doch Idai hatte eine nie dagewesene Intensität, die durch den Klimawandel bedingt sein dürfte. Der kurz darauf folgende Zyklon Kenneth richtete weitere Zerstörungen an. Die Wucht von Idai ist mit der von Hurrikan Katrina vergleichbar, der 2005 New Orleans verwüstete.

Der Sturm offenbarte auch die politischen und institutionellen Schwächen, die das Ausmaß der Naturkatastrophe verstärkten. So hatte der nationale Wetterdienst INAM bereits zwei Wochen vor Idai immer wieder auf die Gefahr eines Tropensturmes hingewiesen. In den nördlichen Provinzen Zambezia und Tete sowie in den Nachbarländern Malawi und Simbabwe war es in dieser Zeit bereits zu Schäden und ersten Opfern gekommen.

Doch die Behörden bleiben untätig – selbst als INAM drei Tage vor der Katastrophe den Zyklon auf die Warnstufe Rot hob und die Stadt Beira als exakt den Ort benannte, an dem Idai auf Land treffen würde.

Das nationale Katastrophenschutzzentrum INGC hat im Vorfeld der Katastrophe sowie in den ersten Tagen danach so gut wie keine Rolle gespielt. Das Zentrum, das in den Jahren nach der großen Flut von 2000 mit internationaler Hilfe – auch deutscher – erheblich ausgebaut worden war, scheint bis heute allenfalls in der Lage, mit kleineren Problemsituationen fertig zu werden.

Seit 2016 ist das INGC massiv unterfinanziert. Dies dürfte eine Folge jenes Korruptionsskandals sein, in den führende mosambikanische Politiker und Beamte verwickelt sind und der zu einer Einstellung der Budgethilfe seitens der Partner sowie einem Stopp der Beistandskredite seitens des Internationalen Währungsfonds geführt hat (siehe hierzu Kommentar von Gina dos Reis und Jürgen Kaiser in E+Z/D+C e-Paper 2016/09, Debatte). Die Konsequenz sind



**Überlebende des Zyklons Idai retteten sich in Booten nach Beira, Mosambik, das ebenfalls größtenteils verwüstet worden war.**

drastische Einschnitte in allen Haushaltsposten.

So kommt es nicht von ungefähr, dass die allerersten Helfer vor Ort eine Gruppe von 22 Freiwilligen aus Südafrika war. Sie waren bereits am 13. März, also am Tag vor dem Eintreten der Katastrophe, mit sechs Geländefahrzeugen von Johannesburg aus Richtung Beira aufgebrochen, wo sie am 14. März ankamen und sofort mit Rettungsmaßnahmen begannen. Zusammen mit dem Personal auf dem Tower des Flughafens bildeten sie so etwas wie ein erstes

Koordinierungs- und Rettungszentrum in einer ansonsten gelähmten Stadt.

In Beira brachen Strom-, Wasser- und Gasversorgung sowie die Versorgung mit Lebensmitteln zusammen. 90 Prozent aller Gebäude wurden beschädigt oder zerstört. Auch das Hinterland wurde durch den Zyklon verwüstet. Im Westen Beiras entlang der Flüsse Pungue und Buzi entstand in wenigen Stunden ein Binnensee von 30 mal 120 Kilometern. Den Menschen in Beira, wie auch im Hinterland blieb nur die Flucht auf die Dächer ihrer Häuser, auf Bäume oder höher gelegene Orte, wie beispielsweise das Gebiet des Flughafens. Wegen der Zerstörungen und Überflutungen werden rund 1,8 Millionen Menschen in Zentralmosambik noch für lange Zeit von Nahrungsmittelhilfe abhängig sein.

Damit ist die grundlegende Problematik der Lage Beiras angesprochen. Als die Stadt um 1880 gegründet wurde, schien sie gut dafür geeignet zu sein, ein paar tausend Menschen direkt am Indischen Ozean anzusiedeln. Heute hat Beira fast 600 000 Einwohner. Auf deutsche Verhältnisse übertragen läge die Stadt am Ausgang der Weser in der Nordsee, teilweise im Wattenmeer, wäre nur zum Teil von mickrigen Deichen und Dämmen umgeben und von einem ineffizienten Drainagesystem unzureichend entwässert.

Mit einer simplen Rekonstruktion der Stadt und ein paar kosmetischen Maßnahmen an Deichen und Dämmen in den Flussgebieten des Hinterlandes ist es nicht getan. Die Herausforderung besteht darin, die Stadt dauerhaft vor dem Meer zu schützen. Es braucht eine neue, auf Resilienz zielende Stadt- und Umweltplanung.



**FRIEDRICH KAUFMANN**  
ist Leiter der Deutschen  
Auslandshandelskammer in  
Maputo, Mosambik. Der  
Beitrag gibt seine persönliche

Meinung wieder.

[friedrich.kaufmann@gmx.net](mailto:friedrich.kaufmann@gmx.net)



**WINFRIED BOROWCZAK**  
ist Sozialökonom und freier  
Consultant mit den  
Schwerpunkten  
Privatsektorförderung und

Organisationsentwicklung in Afrika und  
portugiesischsprachigen Ländern.

[winborow@aol.com](mailto:winborow@aol.com)



Arbeitende Kinder und Jugendliche in Bolivien demonstrierten schon 2007 für ihre Rechte.

KINDERRECHTE

## Bolivien beugt sich internationalem Druck

**Bolivien hatte seit 2014 ein wegweisendes Kinder- und Jugendgesetz, das für arbeitende Kinder einen besseren Schutz versprach und ihre Rechte garantierte. Dieses Gesetz wurde nun auf Druck der Internationalen Arbeitsorganisation und der US-Regierung zum Nachteil der Kinder verändert. Der bolivianische Präsident Evo Morales, der einst selbst als Kind arbeitete und die arbeitenden Kinder seiner Solidarität versichert hatte, hat sie mit seiner Absegnung der Gesetzesänderung im Stich gelassen.**

Von Manfred Liebel

Bolivien's Kinder- und Jugendgesetz versprach neue Wege im Umgang mit Kinderarbeit. Es beschränkte sich nicht länger auf ein Verbot, sondern enthielt Bestimmungen, um den Schutz von Kindern, die arbeiten

wollen oder aufgrund einer sozialen Notlage dazu gezwungen sind, zu verbessern und ihnen eine Arbeit in Würde zu ermöglichen. Im Sinne des ganzheitlichen Ansatzes der UN-Kinderrechtskonvention sollten dabei auch andere Rechte – etwa auf Bildung, Gesundheit und Erholung – gewahrt werden. Mittels Kinderschutzkommissionen und der Selbstorganisation in Kinderkomitees sollte die Stellung der Kinder in der Gesellschaft gestärkt werden. Das Gesetz war auch insofern ein Pionierwerk, als dass es trotz vieler Widerstände unter aktiver Beteiligung arbeitender Kinder ausgearbeitet worden war. Zudem setzte es Vorgaben um, die in der bolivianischen Verfassung verankert sind.

Das Gesetz löste international kontroverse Debatten aus. Während es von arbeitenden Kindern in Bolivien und anderen Ländern enthusiastisch gefeiert und von

manchen Kinderrechts-NGOs als wegweisend begrüßt wurde, protestierte die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), weil es ILO-Konventionen zur Kinderarbeit verletze. Im Juni 2015 forderte die ILO ultimativ, das Gesetz zu ändern. Die bolivianische Regierung wies diese Forderung mit dem Hinweis auf kulturelle Traditionen und die eigene Verfassung zurück. Diese untersagt ausdrücklich „jede Form von Gewalt gegen Kinder, in der Familie ebenso wie in der Gesellschaft“, verbietet Kinderarbeit aber nicht pauschal. „Zwangsarbeit und Ausbeutung von Kindern“ sind untersagt. Dagegen seien „Aktivitäten, die Kinder im familiären und sozialen Rahmen ausüben, dazu geeignet, Bürgerinnen und Bürger heranzubilden, sie haben eine bildende Funktion.“

Die Paragraphen des Kinder- und Jugendgesetzes zum Thema Kinderarbeit hatten sich an diesen Bestimmungen der Verfassung orientiert, waren allerdings auch ein Kompromiss zwischen den artikulierten Interessen, praktischen Bedürfnissen und der Lebenswirklichkeit arbeitender Kinder einerseits und den Forderungen internationaler Organisationen, Geldgeber sowie des Bolivianischen Gewerkschaftsbundes und des Unternehmerverbandes andererseits. Um den Vereinbarungen zu genügen, die

vorherige Regierungen mit der ILO getroffen hatten, wurde das Mindestalter für die Ausübung einer Erwerbsarbeit generell auf 14 Jahre festgelegt und die Arbeiterlaubnis für jüngere Kinder (je nach Art der Arbeit ab zehn oder 12 Jahren) als Ausnahme definiert. Die Erteilung dieser Erlaubnis, die die Respektierung aller Kinderrechte, die Zustimmung der Eltern und den freien Willen der Kinder voraussetzte, wurde an komplizierte bürokratische Prozesse geknüpft.

Nun änderten Parlament und Senat das Gesetz in entscheidender Weise gemäß den Vorgaben der ILO – ohne öffentliche Diskussion und ohne die arbeitenden Kinder und die Organisationen und lokalen Regierungsstellen, die sich für die Umsetzung des Gesetzes engagiert hatten, zu konsultieren. Am 20. Dezember 2018 unterzeichnete Präsident Morales die Änderung. Alle gesetzlichen Schutzmechanismen für die Arbeit von Kindern unter 14 Jahren wurden ersatzlos gestrichen, was einem allgemeinen Verbot gleichkommt. Die Regelungen des Gesetzes und arbeitsrechtliche Garantien beschränken sich nun auf Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren. Für die jüngeren Kinder bleibt nur die Anknüpfung übrig, die Schulpflicht und das Arbeitsverbot durchzusetzen und sich auf mehr Sensibilität der Behörden für ihren Schutz zu verlassen.

Die „Sensibilisierung“ besteht nun darin, dass unter dem regierungsoffiziellen Hashtag „#YoPorLaNiñez“ (#IchfürdieKindheit) und dem Motto „Schutz vor Gewalt“ Parolen gegen Kinderarbeit verbreitet werden, gesponsert von UNICEF und der staatlichen Firma Teleférica, die eine Seilbahn in der Hauptstadt La Paz betreibt. Auf den Kabinen der Seilbahn und an anderen Orten der Stadt wird die Arbeit der Kinder auf suggestive Weise mit Vernachlässigung und sexueller Gewalt in Verbindung gebracht: „Recht auf Schutz vor Vernachlässigung und Kinderarbeit“ oder „Gegen sexuelle Gewalt und Kinderarbeit“.

Der Vizepräsident Boliviens, Álvaro García Linera, hatte die vorgesehene Gesetzesänderung in einer Rede am 1. Dezember damit gerechtfertigt, dass die US-Regierung damit gedroht habe, Bolivien von der Liste der Länder zu streichen, die für Exporte in die USA Zollvorteile genießen. Eine ähnliche Drohung für die EU hatten vor drei Jahren schon Abgeordnete des Europäischen Parlaments ausgesprochen, ohne allerdings im Parlament einen entsprechenden Be-

schluss zu erreichen. Auf Einladung von Abgeordneten waren Delegierte der lateinamerikanischen Bewegung arbeitender Kinder (MOLACNATS) und der Union arbeitender Kinder Boliviens (UNATSBO) damals nach Brüssel gereist, um das Gesetz zu verteidigen. Bei dem nun erfolgten Beschluss des bolivianischen Gesetzgebers spielten ihre Argumente allerdings keine Rolle. Mit keinem Wort wurde vor der Beschlussfassung auf die Situation der arbeitenden Kinder Boliviens und die bisherigen Erfahrungen mit dem Gesetz eingegangen. Formal wurde die Gesetzesänderung damit begründet, dass das bolivianische Verfassungsgericht die nun geänderten Artikel als unvereinbar mit einer ILO-Konvention zur Kinderarbeit erklärt hatte.

Das bisherige Gesetz war nicht frei von Mängeln, und die Zentralregierung hatte sich nur verhalten für seine Umsetzung eingesetzt. Notwendige Mittel für die Umsetzung der Schutzmechanismen stellte sie nie zur Verfügung. Um Kindern und Jugendlichen eine Arbeit zu ermöglichen, die ihre Rechte wahrt und ihren Schutz und ihre Menschenwürde gewährleistet, waren in dem Gesetz bürokratische Prozeduren vorgeschrieben, die in der Praxis nur schwer zu erfüllen waren. Auf einer Tagung der kommunalen Kinderrechtsbüros im November 2018 war deshalb gefordert worden, den aufwändigen Genehmigungsprozess für die Erwerbstätigkeit von Kindern und Jugendlichen zu streichen. Nur in Ausnahmefällen war es in den vergangenen Jahren zu einer Genehmigung gekommen. Und die dafür nötige Zeit fehlte den Kinderrechtsbüros, um sich um den wirklichen Schutz der Kinder zu kümmern. Bei den Jugendlichen hatte das Gesetz häufig den Effekt, dass Unternehmen aufgrund der bürokratischen Hürden lieber auf Erwachsene zurückgriffen, so dass nur eine Arbeit im gesetzlich ungesicherten informellen Sektor übrig blieb.

Trotz alledem hatten zahlreiche Organisationen und Personen in einzelnen Provinzen daran gearbeitet, die bürokratischen Hürden zu überwinden, und sich gemeinsam mit betroffenen Kindern und Jugendlichen für die Umsetzung des Gesetzes engagiert. Sie waren und sind davon überzeugt, dass das Gesetz besser war als alles, was zuvor an gesetzlichen Regelungen existierte. Es ist befremdlich, dass die vielfältigen Erfahrungen, die in den vergangenen vier Jahren gemacht worden waren,



weder ausgewertet noch bei der erneuten Beschlussfassung berücksichtigt wurden. Und es widerspricht dem Geist der UN-Kinderrechtskonvention, der bolivianischen Verfassung und dem Kinder- und Jugendgesetz selbst, dass die arbeitenden Kinder gar nicht erst angehört wurden.

Die schließlich handstreichartig erfolgte Änderung des Gesetzes zeigt, dass nun auch in Bolivien die alten Machtverhältnisse wieder hergestellt und die Sichtweisen und Rechte der arbeitenden Kinder wie auch der Mitarbeiter in den Kinderrechtsbüros ignoriert werden. Das konträrproductive Genehmigungsverfahren für die Jugendlichen wurde jetzt sogar noch zusätzlich vom Arbeitsministerium auf die überlasteten kommunalen Kinderrechtsbüros übertragen.

Die Versprechen der Verfassung für ein „gutes Leben“ und die Respektierung indigener Traditionen haben sich weitgehend in Luft aufgelöst. Die UNATSBO brachte die Neuregelung lakonisch auf den Punkt: Nun sei auch die Regierung Boliviens entgegen ihrer antiimperialistischen Rhetorik vor dem „Imperium“ eingeknickt.

Mit der Änderung des Gesetzes werden die arbeitenden Kinder unter 14 Jahren ebenso wie die Mitarbeiter der kommunalen Kinderrechtsbüros mit den eigentlichen Problemen wieder alleingelassen: der Ausbeutung und Gewalt, der Behinderung der kindlichen Entwicklung sowie der Benachteiligung und Diskriminierung der arbeitenden Kinder.



**MANFRED LIEBEL**  
ist Prof. a. D. für Soziologie an der TU Berlin und Schirmherr des Masterstudiengangs „Childhood Studies and

Children's Rights“ an der FH Potsdam.  
[manfred.liebel@googlemail.com](mailto:manfred.liebel@googlemail.com)

TSCHADSEEREGION

## Nexus ist sinnvoll

**In der langwierigen, komplexen Krise im Tschadseebecken ist der viel diskutierte Nexus-Ansatz eine geeignete Lösung, findet der Katastrophenschutz-Experte Fabian Böckler. Nexus bedeutet eine verbesserte und zeitgleiche Zusammenarbeit zwischen den Bereichen humanitäre Hilfe, Entwicklungs- und Friedensförderung.**

Von Fabian Böckler

Die langwierige Krise im Tschadseebecken gehört zu den größten humanitären Krisen der Welt. Die Region ist chronisch fragil – Armut, Unterentwicklung, Arbeitslosigkeit und ein Mangel an Perspektiven für junge Leute haben Extremismus geschürt. Verschlimmert wird die Situation durch Umweltzerstörung und die Auswirkungen des Klimawandels. Diese „Entwicklungskrise“ der marginalisierten Regionen rund um den Tschadsee resultierte in einem bewaffneten Konflikt, unter dem die Menschen in den betroffenen vier Ländern nun seit zehn Jahren leiden (siehe Lea Diehl im Monitor, E+Z/ D+C e-Paper 2018/09).

Die Krise hat sich innerhalb der vergangenen Jahre vom Nordosten Nigerias auf die Nachbarländer Kamerun, Niger und Tschad ausgeweitet, mit negativen Auswirkungen auf das Leben von mehr als 17 Millionen Menschen. Elf Millionen Menschen, mehr als die Hälfte davon Kinder, sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Mehr als 2,4 Millionen Menschen wurden gewaltsam vertrieben – als Binnenvertriebene oder Flüchtlinge leben sie nun entweder in Lagern oder in aufnehmenden Gemeinden verstreut über die Region.

In dieser Region ist der traditionelle LRRD-Ansatz (Linking Relief, Rehabilitation and Development) nicht geeignet: Er geht von der Annahme aus, dass im Katastrophenfall kurz-, mittel- und langfristige Hilfsmaßnahmen aufeinander abgestimmt werden und dass humanitäre Hilfe zunächst in Wiederaufbau und von dort in entwicklungspolitische Maßnahmen übergeht. Dies hat sich in komplexen Krisen und Konflikten als nicht haltbar erwiesen. Daher ergibt im Tschadsee-

becken der Nexus-Ansatz (siehe Sid Johann Peruvemba im Schwerpunkt E+Z/D+C e-Paper 2018/06) sehr viel mehr Sinn.

### BEDÜRFNISSE GLEICHZEITIG ANGEHEN

Menschen in Krisengebieten haben gleichzeitig verschiedene Bedürfnisse: Sie benötigen humanitäre Hilfe, Entwicklungsmaßnahmen und friedensfördernde Maßnahmen. Hier ist es wichtig zu definieren, was mit Friedensförderung gemeint ist, und welchen Beitrag zivilgesellschaftliche Organisationen leisten können.

Aktuell kommt es im Tschadseebecken verstärkt zu sozialen Spannungen auf Gemeindeebenen. Diese haben mehrere Dimensionen, beispielsweise:

- Spannungen zwischen Binnenvertriebenen, Flüchtlingen und aufnehmenden Gemeinden bezüglich Zugang zu Lebensgrundlagen und zu sozialer Basisinfrastruktur (Schulen, Gesundheitszentren etc.),
- Spannungen zwischen Landwirten und Viehzüchtern: diese nehmen durch einen Mangel an Bewegungsfreiheit, der durch den Konflikt hervorgerufen ist, weiter zu,

- Stigmatisierung und Marginalisierung von Opfern genderbasierter Gewalt und von Personen, die (freiwillig oder unfreiwillig) als Unterstützer von nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen gezählt werden.

Bei dem Nexus-Ansatz im Tschadseebecken geht es also darum, die Situation durch zeitgleiches Engagement und geteilte Verantwortung von Akteuren der humanitären Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung zu verbessern. Dieser Ansatz erkennt an, wie wichtig es ist, den unmittelbaren humanitären Bedarf zu decken und gleichzeitig das Entwicklungsdefizit der Region zu bekämpfen, das sowohl Mitauslöser für die Krise ist, als auch zur Krise beiträgt.

Ganz wichtig ist es dabei, einen gebietsbezogenen Ansatz zu verfolgen, denn die Annahme, dass der Bedarf in den drei Bereichen zeitgleich besteht, bedeutet nicht, dass er überall in gleichem Maß besteht. Selbst Gemeinden, die nur wenige Kilometer auseinanderliegen und zur gleichen administrativen Region gehören, können Bedürfnisse in unterschiedlicher Ausprägung haben.

Dementsprechend ist es wichtig, dass die jeweilige Intervention entsprechend der unterschiedlichen Bedürfnisse erfolgt. Ausschlaggebend hierfür ist eine gemeinsame Kontextanalyse sowohl über Organisationsgrenzen hinweg als auch im Sinne von humanitärer Hilfe – Entwicklungszusam-



Ein von Boko Haram verwüstetes Dorf in der Nähe von Maiduguri in Nigeria: Die Terrormiliz trägt zur Destabilisierung der Tschadseeregion bei.

menarbeit – Friedensförderung. Diese sollte dann in eine gemeinsame Planung münden, bei der die entsprechenden Stärken der jeweiligen Akteure zum Tragen kommen.

Gerade humanitäre Organisationen verweisen an dieser Stelle oft darauf, dass zuallererst die humanitäre Notlage gelindert werden muss – und dies sicherlich auch zu Recht. Dabei zeigt jedoch die Erfahrung rund um das Tschadseebecken, dass die Arbeit der humanitären Organisationen nicht in erster Linie durch eine gemeinsame Analyse und Planung unter Druck gerät. Vielmehr treten die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der eigentlichen Tätigkeit innerhalb des Konfliktgebiets auf. So haben Hilfsorganisationen aktuell keinen Zugang zu etwa 800 000 Menschen im Nordosten.

## GEMEINSAME ANALYSE UND PLANUNG

In allen anderen Gemeinden im Tschadseebecken wird humanitäre Hilfe nicht in einem Vakuum umgesetzt, sondern dort, wo auch Akteure der Entwicklungsarbeit und der Friedensförderung tätig sind. Eine gemeinsame Analyse und Planung auf Gemeindeebene und darüber hinaus ist daher für eine effektive und nachhaltige Unterstützung der Betroffenen unabdingbar. Gerade für Organisationen mit einem dualen Mandat bietet der Nexus hier eine große Chance.

Dieser Logik folgt mittlerweile auch die internationale Staatengemeinschaft. Die Krise im Nordosten Nigerias wurde zunächst sowohl von der nigerianischen Regierung als auch von der internationalen Gemeinschaft ignoriert. Erst im Jahr 2016 kam es zu einer deutlichen Steigerung der humanitären Anstrengungen, und im darauffolgenden Jahr konnte mit vereinten Kräften eine Hungersnot abgewendet werden. Die Humanitäre Konferenz zu Nigeria und der Tschadseeregion (Oslo I), die im Februar 2017 in Norwegen stattfand, hatte damals einen vorwiegend humanitären Charakter, und die Diskussionen beschränkten sich im Wesentlichen auf die Bereiche Schutz, Bildung, Nahrungssicherheit und Ernährung. Anschließend änderte sich jedoch der Diskurs.

Im Anschluss an die Oslo-I-Konferenz wurde die regionale Zusammenarbeit gestärkt, um zugrundeliegende Ursachen der Krise anzugehen sowie Krisenprävention und Stabilisierung zu stärken. Diese Bemühungen mündeten schließlich im August 2018 in der Regionalstrategie für Stabilisierung, Wiederaufbau und Resilienz der von Boko Haram betroffenen Gebiete in der Tschadseeregion, die von der Afrikanischen Union, der Lake-Chad-Basin-Kommission sowie den betroffenen Staaten beschlossen wurde.

Auf der zweiten Konferenz zur Tschadseeregion (Oslo II) im September 2018 in

Berlin diskutierten die betroffenen Regierungen, die internationale Gemeinschaft, Geber und die Zivilgesellschaft humanitäre Hilfe, Krisenprävention und -stabilisierung sowie nachhaltige Entwicklungsarbeit zusammen. So sollte die Krise zukünftig in einer umfassenderen und besser miteinander abgestimmten Art und Weise angegangen werden können.

Der neue regionale Flüchtlingsplan 2019/2020 für Nigeria, der sich auf die Aufnahmeländer des Tschadseebeckens fokussiert (Kamerun, Niger und Tschad), ist zum ersten Mal zweijährig und unter der geteilten Verantwortung der UN-Flüchtlingsorganisation (UNHCR) und dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) ausgearbeitet worden. Er setzt sich zum Ziel, dauerhafte Lösungen für Flüchtlinge und aufnehmende Gemeinden zu schaffen. In dieser Situation, in der die lokale Bevölkerung in den Aufnahmegemeinden unterhalb der Armutslinie lebt, wo es große Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und keinen adäquaten Zugang zu sozialer Basisinfrastruktur gibt, ist dies der richtige Ansatz.



**FABIAN BÖCKLER**  
ist Experte für  
Katastrophenschutz bei der  
zivilgesellschaftlichen  
Kinderschutzorganisation

Plan International.  
[fabian.boeckler@plan-international.org](mailto:fabian.boeckler@plan-international.org)

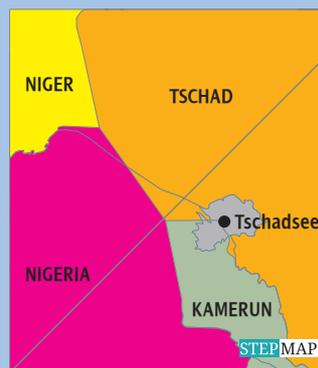
## Was zu beachten ist

Damit der Nexus-Ansatz im Tschadseebecken gelingen kann, müssen einige Voraussetzungen erfüllt sein.

Die Menschen vor Ort müssen Vertrauen in die handelnden Akteure haben: Organisationen vor Ort werden nicht als humanitäre oder Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit wahrgenommen, sondern danach bewertet, ob sie die Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerung abdecken. In diesem Sinn ist

es unabdingbar, die Menschen ins Zentrum aller Bemühungen zu stellen, ihre positiven Bewältigungsstrategien und Kapazitäten zu stärken sowie sie in Entscheidungsprozesse einzubinden.

Die Auswirkungen des Konflikts und der Krise müssen in ihrer Gesamtheit und in Hinblick auf die verschiedenen Gruppen der Betroffenen (aufnehmende Gemeinden, Binnenflüchtlinge, Flüchtlinge, rückkehrende Personen, ver-



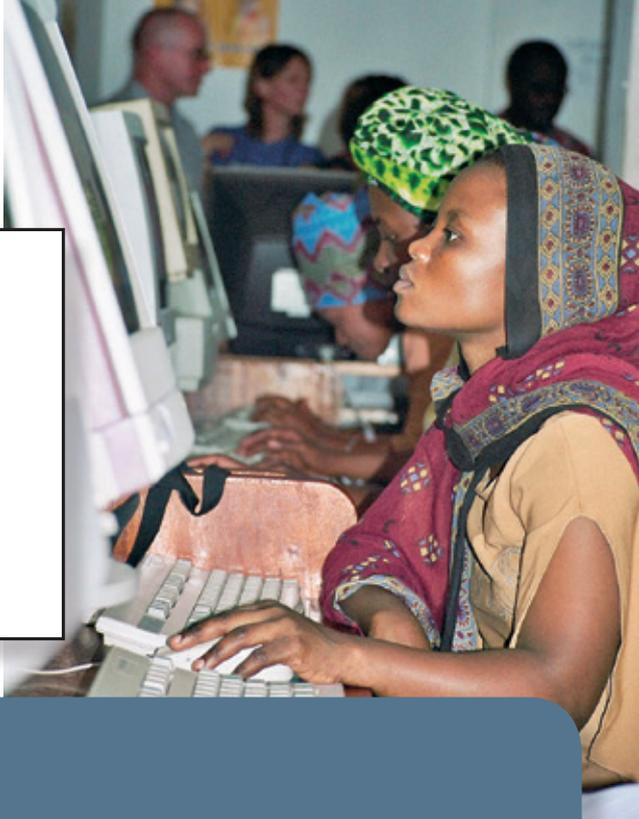
schiedene Vulnerabilität, Geschlechts- und Altersgruppen) differenziert analysiert werden.

Projekte und Programme müssen sowohl in Gebieten,

die weiterhin vom Konflikt betroffen sind, als auch in Gebieten, die nicht betroffen sind, umgesetzt werden, um den Aufbau von Spannungen sowie die Ausweitung des Konflikts auf diese Gebiete zu verhindern.

Der Fokus auf einen ganzheitlichen Ansatz darf nicht davon ablenken, dass der humanitäre Bedarf in der Region weiterhin hoch ist und gedeckt werden muss. Besondere Dringlichkeit ist geboten, um Zugang zu den Bevölkerungsteilen zu erhalten, die aktuell von humanitärer Hilfe abgeschnitten sind. (fb)

**Besuchen Sie  
unsere Website  
unter [www.DandC.eu](http://www.DandC.eu)**



Navigation icons: X, -, +

Address bar: [www.eundz.eu](http://www.eundz.eu)

Logo: **E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT**

Top navigation: DOSSIERS THEMENFELDER WELTREGIONEN RUBRIKEN AUTOREN ARCHIV BLOG Suche

Media: Hate speech leads to violence

Top Thema: Libya

Aktuelles e-Paper: E+Z Private Bildung

Gratis PDF-Download

Aktuelle Blog-Beiträge:

- Blog will continue in our Opinion section
- Why sovereignty must be pooled

Folgen Sie uns: Facebook, Twitter, RSS, Email, LinkedIn

Blog entries:

- BIOVORREITER**  
28.04.2019 - von SABINE BÄRK  
**Kostengünstige, moderne und ökologische Methode**  
Die Organisation Rythu Sadhikara
- BIOANWIRTSCHAFT**  
28.04.2019 - von SABINE BÄRK  
**Ernährung der Zukunft**  
Anhänger des Bioanbaus sind der Überzeugung, dass mit ökologischer



Studierendengruppe im Labor einer Privathochschule im Großraum São Paulo.

## Private Bildung

Staatliche Bildungsinstitutionen haben zu Recht in vielen Entwicklungsländern keinen guten Ruf. Ihre Leistung ist oft wenig überzeugend. Defizite gibt es auf allen Ebenen – von Grundschulen bis zu Universitäten. Folglich suchen Eltern und Studierende Alternativen, weshalb das private Bildungswesen in vielen Ländern rasant expandiert. Das schafft

zwar zusätzliche Chancen, vertieft aber auch soziale Ungleichheit.



Dieser Schwerpunkt beschäftigt sich mit dem vierten UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): hochwertiger Bildung. Er hat auch Bezüge zu weiteren SDGs.

# Bemühungen um Inklusion

**Brasilien ist auf allen sozialen Ebenen sehr ungleich: Einkommensverteilung, Zugang zu öffentlichen Gütern, Qualität der öffentlichen Versorgungsleistungen wie Gesundheit, Transport, Wasser und so weiter. Das gilt auch für Bildung, sie ist in den vergangenen Jahren aber inklusiver geworden.**

Von Mariano Laplane

Brasilien ist ein riesiges Land mit einer großen Bevölkerung. Entsprechend ist das Bildungssystem umfangreich und komplex. Lange gehörte es zu den Faktoren, die soziale Ungleichheiten verstärkten. In den vergangenen Jahren wurde bewusst daran gearbeitet, das System inklusiver zu gestalten.

Laut brasilianischer Verfassung hat jeder Bürger das Recht auf Bildung und der Staat muss den Zugang dazu gewähren. Die Zuständigkeiten sind zwischen kommunalen, bundesstaatlichen und nationalen Behörden aufgeteilt:

- Gemeindeverwaltungen sind für die Grundschulbildung zuständig,

- bundesstaatliche Behörden für die Sekundarschulbildung und
- die Bundesregierung kümmert sich um die Hochschulbildung.

Auf allen drei Ebenen müssen die Behörden kostenlose öffentliche Bildung bereitstellen. Zudem müssen sie private Bildungseinrichtungen beaufsichtigen, unabhängig davon, ob diese gewinnorientiert oder gemeinnützig arbeiten.

In der Praxis sind die Verantwortungsbereiche nicht völlig klar; es gibt Überschneidungen. Beispielsweise gibt es einige Hochschulen in kommunaler oder bundesstaatlicher Hand. Die Bundes- oder Landesregierungen finanzieren die Kommunen, damit diese ihre Grundschulen unterhalten können.

In der Vergangenheit hatten arme Menschen nur eingeschränkten Zugang zu Bildung. Das änderte sich mit der Industrialisierung und Urbanisierung Brasiliens seit den 1950er Jahren. Bis dahin profitierten vor allem die obere Mittelschicht und die Oberschicht von öffentlichen Eliteschulen. In

den 1960ern und 70ern wurden die Schulen weniger selektiv und gewährten einem breiteren und heterogeneren Spektrum sozialer Gruppen Zugang. Gleichzeitig wanderten Familien mit hohem Einkommen an exklusive und qualitativ bessere Privatschulen ab. Obwohl die politischen Ziele anders waren, entstand ein segregiertes Bildungssystem, das extreme Einkommensunterschiede widerspiegelte und soziale Ungleichheit verstärkte.

Nach zwei Jahrzehnten Militärdiktatur wurde 1985 die Demokratie wiederhergestellt. Bildung wurde zu einem Kernthema für die folgenden Regierungen. Sie waren sich einig darüber, dass Bildungsangebote in Quantität und Qualität besser zugänglich gemacht werden mussten, insbesondere für Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen. Kommunale und bundesstaatliche Bildungssysteme wurden mit Bundesmitteln reformiert und ausgebaut.

Mitte der 1990er machten immer mehr Schüler das Abitur. Um ihnen eine weiterführende Ausbildung zu ermöglichen, musste die Zahl der Hochschulplätze erhöht werden. Zu dieser Zeit hielten die Bundesbehörden die Expansion öffentlicher Universitäten für zu teuer. Sie entschieden sich, gewinnorientierte und gemeinnützige private Hochschulen zu fördern. So erhielten viele



Bibliothek einer Privathochschule im Staat São Paulo.

private Institutionen Lizenzen. Der Bereich der staatlichen Universitäten stagnierte.

Oppositionsparteien und Vertreter der Bildungsbehörden kritisierten die Marktlösung scharf. Die Regierung hingegen argumentierte, dass die meisten armen Schüler es nicht an Universitäten schafften und es daher fairer sei, die knappen öffentlichen Mittel an Grund- und Sekundarschulen zu vergeben als an öffentliche Universitäten, die fast ausschließlich Kinder der Mittel- und Oberschicht aufnahmen.

Multilaterale Institutionen positionierten sich ähnlich. Beispielsweise argumentierte die Weltbank, dass eine kostenlose Hochschulbildung nicht bevorzugt werden sollte, da Brasilien noch immer Probleme bei der Grund- und Sekundarbildung hatte. Öffentliche Gelder würden dort mehr gebraucht. Dennoch blieben staatliche Hochschulen öffentlich finanziert und erhoben keine Studiengebühren.

Ende der 1990er wurden schwerwiegende Ungleichheit und Mängel im brasilianischen Schulsystem deutlich. Das zeigte sich vor allem am schlechten Abschneiden brasilianischer Schüler in internationalen Tests, hohen Abbruchquoten unter Gymnasiasten und dem Mangel an Lehrern in MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik).

Anders sah es im Hochschulbereich aus. Mit wenigen Ausnahmen schnitten öffentliche Universitäten besser als private ab. Die Ausbildung war besser und ihre Forschung führend. Viele private Hochschulen spezialisierten sich auf berufliche Bildung für den Arbeitsmarkt, ohne die Absolventen auf Spitzenpositionen vorzubereiten. Studierende mit niedrigem Einkommen waren in staatlichen Universitäten unterrepräsentiert. Das Zulassungsverfahren war stark vom Wettbewerb bestimmt und begünstigte Bewerber von Privatschulen, die besser waren als staatliche Schulen.

Viele Studenten aus benachteiligten Familien konnten sich kein Vollzeitstudium leisten. Sie mussten arbeiten, um Geld zu verdienen, und wurden daher Teilzeitstudenten an weniger angesehenen Hochschulen, an denen sie Studiengebühren zahlen mussten. Allerdings hängen Karrieremöglichkeiten vom Ansehen der Universität ab. Ungerecht ist, dass reiche Familien ihre Kinder an teure Gymnasien schicken konnten, die sie am besten auf das Aufnahmeverfahren der Universitäten vorbereiteten. Nach



der Schule profitierten sie dann enorm von den staatlichen Hochschulen.

### LANGSAME VERBESSERUNG

Obwohl dieses System noch so besteht, verändert es sich langsam und ist in den vergangenen Jahren inklusiver geworden. Wichtige Gründe dafür sind:

- Zusätzliche Ressourcen führten zu steigenden Immatrikulationszahlen an öffentlichen und privaten Universitäten. Innerhalb weniger Jahre verdoppelte sich die Gesamtzahl der Studierenden auf mehr als 8 Millionen. Ein Drittel ging an staatliche und zwei Drittel an private Universitäten.
- Bestehende öffentliche Hochschulen wurden erweitert und neue Universitäten geschaffen. Zuvor war das Angebot auf große Metropolen und Landeshauptstädte beschränkt. Jetzt gibt es auch in Kleinstädten und ländlichen Regionen Hochschulen.
- Ein neues, bundesweites Zulassungs- und Vermittlungsverfahren für staatliche Universitäten wurde eingeführt. Es hat den Zugang für Bewerber unabhängig vom Wohnsitz ihrer Familie verbessert.
- Neue Gesetze wurden verabschiedet, um staatliche Universitäten zu Förderungsmaßnahmen zugunsten von Minderheiten zu verpflichten. Quoten stellen sicher, dass Mitglieder benachteiligter Gruppen aufgenommen werden. Davon profitieren Bewerber aus Familien mit niedrigem Einkommen.
- Auch private Institutionen haben ihre Immatrikulationszahlen gesteigert. Dazu beigetragen hat, dass Bewerber mit geringem Einkommen öffentlich finanzierte Stipendien und geförderte Studienkredite für Studiengebühren beantragen können.
- Brasilianische und ausländische Investmentfonds wurden zu bedeutenden Aktionären privater, gewinnorientierter Institutionen. Akquisitionen führten zu einer

raschen Konsolidierung des Marktes. Zum Teil senkten private Hochschulen ihre Studiengebühren.

Im öffentlichen und im privaten Hochschulbereich geben viele junge Leute an, als Erste in ihrer Familie zu studieren. Wichtige Fortschritte wurden erzielt, aber aktuelle politische Umstände könnten die Trends der vergangenen Jahre umkehren. Welchen Einfluss die Regierung des neuen rechtsstehenden Präsidenten Jair Bolsonaro haben wird, ist schwer einzuschätzen.

Es ist zu früh, neue Ergebnisse hinsichtlich sozialer Inklusion und die Gesamtleistung des Hochschulsystems in Brasilien zu bewerten. Einige Ungleichheiten und Qualitätsprobleme müssen noch bearbeitet werden. Aber die Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte lässt einige vorläufige Schlussfolgerungen zu.

- Erstens scheint es einen flexibleren Umgang mit der Frage, ob die Einschreibungen an öffentlichen oder privaten Institutionen erhöht werden sollen, zu geben. Beide können eine positive Rolle beim Ausbau der Bildungsmöglichkeiten für junge Brasilianer spielen. Hauptanliegen muss sein, gute Bildungschancen für alle sicherzustellen. Ob dies im öffentlichen oder im privaten Sektor geschieht, ist weniger wichtig.
- Zweitens kann und muss die Abmilderung sozialer Ungleichheit ein Anliegen der Expansion sein, sowohl für staatliche als auch private Hochschulen.
- Drittens kann das Bildungssystem allein keine Chancengleichheit schaffen. Besonders in einem Kontext, in dem viele Mechanismen soziale Disparitäten verstärken. Es kann aber Ungleichheit in gewissem Maße verringern.

Die jüngsten Erfahrungen in Brasilien zeigen, dass die richtige Politik sowohl den öffentlichen als auch den privaten Sektor dazu bringen kann, weniger segregierte und inklusivere Bildungseinrichtungen aufzubauen. Diese muss von den führenden Akteuren des Systems unterstützt und von der Gesellschaft als legitim angesehen werden.



**MARIANO LAPLANE**  
ist an der Universidade Estadual de Campinas, einer öffentlichen Universität im Bundesstaat São Paulo, für

Internationale Beziehungen zuständig.  
[mariano.laplane@reitoria.unicamp.br](mailto:mariano.laplane@reitoria.unicamp.br)

# „Harte Konkurrenz“

In Sri Lanka und ganz Südasien haben sich private Hochschulen rasch etabliert. Weil staatliche Schulen und Universitäten an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen, bedienen immer mehr private Einrichtungen die steigende Nachfrage. Der Hochschulevaluierer Sivali Ranawana erklärt den Trend im Interview.

Sivali Ranawana im Interview mit Hans Dembowski

Warum sind in Südasien in den letzten Jahren so viele private Hochschulen entstanden?

Das hat mehrere Gründe mit Folgen für das gesamte Bildungswesen:

- In unserer Region wird Bildung hoch geschätzt. Den meisten Eltern ist die Schulbildung ihrer Kinder sehr wichtig. Sie sind entsprechend bereit, Opfer zu bringen.
- In der Kolonialzeit gründeten evangelische und katholische Kirchen Schulen im Stil der Imperialmächte. Sie verlangten Gebühren und dienten der gesellschaftlichen Elite. Sie waren aber nicht profitorientiert. In den britischen Kolonien und alliierten Fürstenstaaten brachten die Schulen englischsprachige Absolventen hervor, die in der Kolonialverwaltung arbeiten konnten. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit waren diese Schulen hoch angesehen. Sie haben sich dann an die neuen Bedingungen angepasst und sind heute fester Bestandteil des Bildungssystems. Einige werden staatlich unterstützt.
- In den frühen 1950er Jahren begann in Sri Lanka die Regierungskampagne „Kostenlose Bildung für alle.“ Es ging um Grund- und Sekundarschule sowie um universitäre Bildung bis zum Bachelor-Abschluss. Alle Kinder besuchen seitdem die Grundschule und sollen dort zumindest lesen und rechnen lernen. Mittlerweile ist Bildung zu einem Grundrecht geworden. Deshalb ist das Thema politisch sehr sensibel.
- Seit den 60er Jahren halten die staatlichen Schulen mit der aufgrund des Bevölkerungswachstums steigenden Nachfrage nicht mehr mit. Deshalb sind in den vergangenen Jahrzehnten viele Privatschulen ent-

standen. In anderen Ländern in der Region ist das ähnlich.

- Südasiasiatische Regierungen geben nicht genug Geld aus, um alle Bildungseinrichtungen adäquat zu unterstützen. Es entstand also eine Hierarchie mit Schulen unterschiedlicher Qualität. In Sri Lanka prüft der Staat landesweit Schüler in der fünften

tel gestiegen ist, bieten sie nicht annähernd genug Studienplätze. Derzeit lassen sie weniger als 20 Prozent der Leute mit Zugangsberechtigung zu. Der Konkurrenzkampf bei der Abiturprüfung ist dementsprechend hart. Ähnliche Verhältnisse herrschen in Indien, Bangladesch und Pakistan. Die Regierung in Indien hat das erkannt und einfach doppelt so viele Studierende an staatlichen Universitäten zugelassen – allerdings ohne gleichzeitig Lehrpersonal oder Lehrinrichtungen aufzustocken.

- Der Privatsektor nutzt die Marktlücke und bietet vielen jungen Menschen bessere



2017: Studenten protestieren für ihr Recht auf Bildung in Colombo.

Klasse und wählt die Besten für weiterführende Eliteschulen aus. Das hat aber mehrere negative Folgen. Ländliche Regionen und Dörfer verlieren ihre Talente, Dorfschulen können ihre Standards nicht verbessern, und viele Eltern sind enttäuscht, weil ihre Kinder nicht auf eine der „guten“ öffentlichen Schulen kommen. Elternfrustration ist der Hauptgrund der steigenden Nachfrage nach privater Bildung.

- Obwohl die Anzahl der staatlichen Universitäten in Sri Lanka um rund ein Vier-

Qualifikationen und Jobperspektiven. Die Studiengänge sind gebührenpflichtig, und die Auswahl an Fächern ist recht breit. Viele der Hochschulen sind gewinnorientiert, manche sind als öffentlich-private Partnerschaften organisiert. Einige kooperieren mit westlichen Universitäten.

Aber auch in der Grund- und Sekundarstufe besuchen immer mehr Schüler Privatschulen. Die Anteil der Studierenden an Südasiens privaten Hochschulen ist allerdings deutlich größer und wächst rapide.

Private Hochschulen können schneller auf die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt reagieren. Ihre Studiengänge sind wirtschaftsnah und bieten Fächer wie Unternehmensführung, Personalentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit oder Hotelmanagement an. Universitäten legen dagegen mehr Wert auf die klassische akademische Bildung und Forschung.

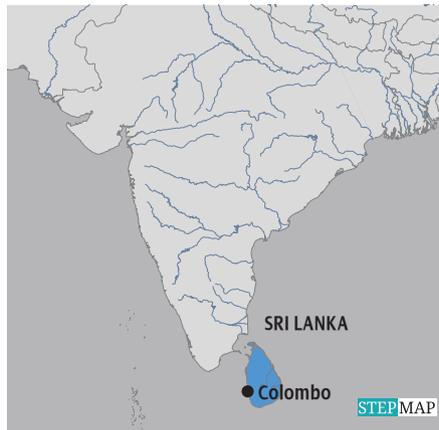
**Liefern alle Einrichtungen die gleiche Qualität, und wer überprüft das?**

Das ist eine heikles Thema und hat mehrere Dimensionen:

- Aus politischen Gründen hält Sri Lankas Regierung an dem Mythos von der kostenlosen Bildung für alle fest und ignoriert die neuen privaten Einrichtungen weitgehend. Es gibt also noch keinen verbindlichen Rechtsrahmen, um private Bildungsangebote zu regulieren.
- Staatliche Sekundarschulen und private, die auf die Kolonialzeit zurückgehen, haben Prüfsysteme zur Qualitätssicherung. Diese Schulen bereiten Schüler auf den Realschulabschluss und auf das Abitur vor. Sie müssen die entsprechenden Standards erfüllen. Die meisten Schüler stehen vor der Abiturprüfung aber so unter Druck, dass sie private Nachhilfe nehmen.
- Für die grundständigen Uni-Studienfächer wurden in den vergangenen zwei Jahrzehnten Standards zur Qualitätssicherung eingeführt. Sie sind aber noch nicht voll etabliert. Postgraduierten-Programme sind zum Beispiel noch gar nicht reguliert. Auch können sich Studiengebühren stark unterscheiden. Ein Semester für einen Master of Business Administration (MBA) kostet umgerechnet zwischen 500 Euro und 4500 Euro.
- Der Gesetzgeber erwägt seit mehr als einem Jahrzehnt ein neues Bildungsgesetz. Dennoch fehlen aber die rechtlichen Rahmenbedingungen, um verschiedene Bachelor- und Master-Abschlüsse aufeinander abzustimmen.

**Gibt es neue Exzellenzzentren, die das Niveau der öffentlichen Universitäten erreicht haben oder sogar besser sind?**

Generell können die privaten Hochschulen nicht mit den staatlichen Universitäten mithalten. Dafür haben sie zu wenig Personal und Lehrinrichtungen. Die meisten sind Wirtschaftsschulen mit recht eingeschränktem Lehrprogramm. Allerdings sind auch



ein paar Elite-Privatschulen in der Sekundarstufe entstanden. Sie bereiten ihre Schüler auf internationale Prüfungen vor, wie etwa das General Certificate of Education (GCE) oder das International Baccalaureate. Damit können die Absolventen an Universitäten in der Schweiz und in Großbritannien studieren. Diese Abschlüsse werden auch in vielen anderen Ländern anerkannt. Die Unterrichtssprache ist Englisch, aber die Gebühren können sich offenbar nur die Wohlhabenden leisten. Außerdem kommen dort moderne Methoden zum Einsatz, etwa das ergebnisorientierte Lernen (outcome-based education – OBE) oder schülerzentriertes Lernen (learner-centred teaching – LCT). Das gibt es an den staatlichen Schulen nicht.

**Wer profitiert am meisten vom Privatisierungstrend?**

Als die öffentlichen Universitäten in den späten 1940er Jahren gegründet wurden, konnten viele unterprivilegierte Schüler in höhere Bildungsschichten aufsteigen. Vor den 1960er Jahren war ein Universitätsstudium nicht nur abhängig von der Leistung, sondern auch von der Herkunft. Benachteiligte Regionen wurden also zunehmend begünstigt. Dorfkinder konnten nun mit Universitätsabschlüssen in die höchsten Ränge der öffentlichen Verwaltung aufsteigen. Meiner Meinung nach profitieren dagegen heute eher die Wohlhabenden von der Privatisierung.

**Gibt es auch einen Gender-Aspekt? Investieren Familien zum Beispiel eher in die Bildung ihres Sohnes?**

Es gibt bestimmt Unterschiede zwischen den vier Glaubensgruppen, den Buddhisten, Hindus, Christen und Muslimen. Aber

ich denke, die meisten Eltern setzen auch auf die Bildung ihrer Töchter. Tatsächlich schreiben sich mehr Frauen als Männer an den Universitäten ein – vielleicht, weil sie strebsamer sind. Das gilt sogar für die muslimischen Gemeinden in Sri Lanka. Auch sie motivieren Mädchen zum Lernen und Arbeiten. Das zeigt sich auch auf dem Arbeitsmarkt. In vielen Branchen arbeiten mehr Frauen als Männer.

**Private Bildungseinrichtungen sind Unternehmen, und manche Unternehmen scheitern. Was machen die Studierenden, die viel in ihre Ausbildung investiert haben, wenn ihre Hochschule pleitegeht? Womöglich werden ihre Abschlüsse international nicht anerkannt?**

Das ist schon passiert und hat Eltern und Studenten in der Luft hängen lassen. Hochschulen werben häufig mit Abschlüssen, die angeblich einer ausländischen Partner-Hochschule entsprechen. Das stimmt aber manchmal nicht. Betroffene waren sehr wütend, konnten aber nichts tun. Ohne Zweifel müssen die Behörden in Sri Lanka private Hochschulen kompetent regulieren. Das erfordert ein kluge Politik und echte Transparenz.

**Ich habe gehört, dass die Regierung in Bangladesch auf private Hochschulen setzt, weil sie hofft, dass Absolventen in Industrieländer auswandern und Geld zurückschicken. Steckt da politisches Kalkül dahinter?**

Wenn dem so sein sollte, dann hat diese Politik zumindest Früchte getragen. Die Heimatüberweisungen aus dem Ausland verschaffen Bangladesch eine ausgeglichene Zahlungsbilanz. In Sri Lanka dagegen bringt der Mangel an privaten Hochschulangeboten Eltern sogar dazu, ihre Kinder für viel Geld zum Studieren ins Ausland zu schicken.



**SIVALI RANAWANA** ist emeritierter Professor der Ernährungswissenschaften an der Wyamba-Universität und evaluiert seit mehr als zehn

Jahren Studiengänge in Sri Lanka und Bangladesch. Für die Nationale Bildungskommission Sri Lankas war er kürzlich Ko-Autor einer Studie über die Bildungsangebote für Postgraduierte. [sivalir@gmail.com](mailto:sivalir@gmail.com)

# Elterliche Bürde

**In den vergangenen 20 Jahren sind die Einschulungsraten für Grund- und weiterführende Schulen in Indien enorm gestiegen. Weil staatliche Bildungseinrichtungen oft immer noch schlecht sind, wählen viele Eltern Privatschulen – selbst wenn sie wenig Geld haben.**

Von Roli Mahajan

Pinky arbeitet als Dienstmädchen in sieben Haushalten in Lucknow, der Hauptstadt von Uttar Pradesh, einem der bevölkerungsreichsten Staaten Indiens. Obwohl ihr Mann ein unregelmäßiges Einkommen hat, schickt sie ihre zehnjährige Tochter in die Stadt in eine preiswerte Privatschule. Ihr Kind soll Englisch lernen und später nicht auf schlecht bezahlte Jobs angewiesen sein.

Das Mädchen ist das erste Familienmitglied, das zur Schule geht. Sie steht für den enormen Wandel, der sich in Indien gerade vollzieht. Junge Inder vom Land wie aus der Stadt sind inzwischen gebildeter als ihre Eltern. Noch in den 1990ern besuchte etwa die Hälfte der indischen Bevölkerung im Schulalter keine Schule.

Heute gehen etwa 70 Prozent der 18-Jährigen noch zur Schule – 2001 waren es nur 25 Prozent. Laut dem Annual Status of Education Report (ASER) 2018 ist die Zahl der Mädchen, die keine Schule besuchen, gesunken. Bei den Elf- bis 14-Jährigen sind es nur noch 4,1 Prozent, im Jahr 2006 waren es noch 10,3 Prozent. Sogar auf dem Land haben Mädchen diesbezüglich weitgehend aufgeholt. Von den 14-Jährigen sind 94 Prozent der Mädchen und 95 Prozent der Jungen in Schulen registriert.

Das ist eine positive Entwicklung, aber echte Probleme bestehen fort. Viele Schüler können nach der Grundschule kaum lesen. Die ASER-Daten der vergangenen Jahre zeigten durchwegs miserable Lernerfolge.

Heute gehen etwa 250 Millionen junge Inder zur Schule – das sind rund 20 Prozent der indischen und drei Mal so viel wie die deutsche Gesamtbevölkerung. Die wirtschaftliche Zukunft hängt von einer gut ausgebildeten Generation ab, die persönliche Zukunft ohnehin. Trotzdem liegt die

Verantwortung für eine gute Bildung weitgehend bei den Eltern. Diese bevorzugen Privatschulen, und immer weniger Schüler werden an staatlichen Schulen angemeldet.

Privatschulen hatten schon immer ein besseres Image als öffentliche Bildungseinrichtungen und die Kinder wohlhabender Eltern besuchen seit je Privatschulen. Ein neuer Trend sind preisgünstige Privatschulen, deren Einschulungszahlen von 44 Millionen (2010-11) auf 61 Millionen (2016-17) gestiegen sind. Zugleich sank in den 21 Staaten, für die Daten verfügbar waren, die Zahl der Einschulungen an staatlichen Schulen

so arm, dass sie kaum genug zum Leben haben. Deshalb können sie es sich leisten, kleine Summen in die Zukunft der nächsten Generation zu investieren. Es macht es für Eltern auch leichter, für die Bildung ihrer Kinder aufzukommen, dass arme Frauen inzwischen im Schnitt nur noch 3,2 Kinder bekommen.

In ihrem Buch über Privatschulen in Indien äußert die Professorin Geeta G. Kingdon vom University College London die Vermutung, dass nicht nur mehr Kinder in preisgünstigen Privatschulen angemeldet werden, sondern dass es auch immer mehr von diesen gibt. Offizielle Daten dazu sind unzuverlässig, da viele Schulen nicht offiziell registriert sind.

Eltern finden diese Schulen laut Kingdon nicht zuletzt deshalb attraktiv, weil auf Englisch unterrichtet wird. Gutes Englisch



**Sogar Dorfbewohner wünschen sich inzwischen Bildung für ihre Töchter: Mädchen bei den Hausaufgaben im indischen Madhya Pradesh, 2007.**

von 126 auf 108 Millionen. Manche Schulen verlangen lediglich 10 Dollar pro Monat an Schulgeld.

Günstige Privatschulen sind auf Profit ausgerichtet und unterscheiden sich darin von manch nichtstaatlicher Schule in Slums und Dörfern. Karitative Schulen erweisen mancher Randgruppe wertvolle Dienste, aber es gibt nicht genug, um die Massen an Kindern armer Familien zu unterrichten.

Anders als noch im vorigen Jahrhundert sind diese Familien aber nicht mehr

zu sprechen ist in Indien aus verschiedenen Gründen wichtig. Die Sprache der ehemaligen Kolonialmacht ist in Regierung, Recht, Wirtschaft und unter Akademikern nach wie vor fest verankert, zudem gewinnt sie durch das Internet an Relevanz. Besonders Sünder lehnen es ab, die offizielle Landessprache Hindu zu nutzen, die linguistisch ganz anders als die südindischen Sprachen ist.

Staatliche Schulen sind häufig runtergekommen und schäbig, und es mangelt oft



an Grundlegendem wie Strom und richtigen Toiletten, erklärt die Autorin. Sie haben zu wenige und oft unmotivierte Lehrkräfte. Selbst an einfachen Privatschulen sind Infrastruktur und Lernumgebung meist besser. Problematisch ist allerdings, dass diese nicht gut reguliert oder kontrolliert werden.

In Indien gibt es eine politische Kontroverse darüber, das Schulwesen den Marktkräften zu überlassen. Befürworter von Privatschulen beklagen ein feindseliges Umfeld für „Bildungsunternehmertum“. Sie sehen in günstigen Privatschulen die bezahlbare und bessere Alternative zu staatli-

chen Schulen – für Eltern und auch für den Staat, da diese Schulen kaum staatliche Subventionen benötigten. Andere fordern, dass die Regierungen auf zentraler und bundesstaatlicher Ebene endlich Verantwortung übernehmen. Sie argumentieren, eine Liberalisierung von Grund- und weiterführender Bildung führe dazu, dass die Ärmsten abgehängt würden und Chancengleichheit immer weniger gegeben sei.

Die Zentralregierung nutzt das Prinzip des Wettbewerbsföderalismus, um bessere Bildungseinrichtungen und -möglichkeiten zu gewährleisten. So soll „Druck auf alle Politiker in allen Bundesstaaten ausgeübt werden, damit sie bei vordefinierten Zielen und Kennzahlen besser abschneiden“, sagt Amitabh Kant. Er ist der Chef der National Institution for Transforming India (NITI Aayog), einer nationalen Behörde zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung. NITI Aayog hat auch den School Education Quality Index (SEQI) entwickelt, um die Leistung der einzelnen Staaten zu erfassen.

Die aktuelle Zentralregierung hat einiges versucht, um eine Reihe bildungsbezogener Programme zu optimieren, hinkt aber

weit hinter ihren Absichten hinterher. Nach der Amtsübernahme vor fünf Jahren wollte die Regierung von Premierminister Narendra Modi eine neue Erziehungspolitik (New Education Policy – NEP) einführen. Auch nach zwei parlamentarischen Komitees und 115 000 Konsultationen ist noch nichts entschieden. Nun stehen Parlamentswahlen an, und es ist unwahrscheinlich, dass NEP je umgesetzt wird.

Aus Sicht von Nichtregierungs-Aktivistinnen fehlt Indien eine kohärente Bildungspolitik. Sie sehen Mängel bei Qualität, Innovation und Ergebnissen. Zudem vermitteln Schulen nicht das, was der Arbeitsmarkt fordert. „Eine umfassendere Erziehungspolitik ist unumgänglich“, sagt Parth J. Shah von der liberalen Denkfabrik Centre for Civil Society. Diese fordert in ihrer School-Choice-Kampagne vor allem eine Verbesserung der günstigen Privatschulen.



**ROLI MAHAJAN**  
ist freie Journalistin.

[roli.mahajan@gmail.com](mailto:roli.mahajan@gmail.com)

## Unzufriedenheit mit „kostenloser“ staatlicher Bildung

**Privatschulen werden in Kenia sogar in den Familien immer populärer, die sich eigentlich kein Schulgeld leisten können. Diese Entwicklung – bedingt durch die miserable Qualität staatlicher Schulen – verschärft die soziale Kluft.**

Von Alphonse Shiundu

Nirgendwo in Kenia zeigt sich die soziale Kluft zwischen Arm und Reich deutlicher als in der staatlichen Schulbildung. Das wird schon auf dem täglichen Schulweg sichtbar. In Nairobi müssen die Kinder der Ärmsten weite Wege in Kauf nehmen, um ihre hoffnungslos überfüllten und schlecht ausgestatteten Staatsschulen zu erreichen. Oft müssen sie sich Bücher und Pult teilen.

Bessergestellte Kinder laufen in blaugrünen Schuluniformen an stark befahrenen Straßen entlang zu etwas komfortableren und besser ausgestatteten, günstigen Privatschulen. Vermutlich haben sie bessere Zukunftschancen als die Staatsschüler.

Die privilegierten Kinder reicher Eltern hingegen werden bequem zu gut ausgestatteten Schulen chauffiert, mit besseren Lehrern, guten Lehrplänen und einer großen Auswahl an außerschulischen Aktivitäten. Manche kommen sogar im Hubschrauber: Die Superreichen aus dem kenianischen Hochland lassen ihre Kinder von ihren Anwesen in Nanyuki über die überfüllten Straßen hinweg zur Schule fliegen.

Das war nicht die Idee der kenianischen Regierung, als sie 2003 versprach,

Grundbildung kostenlos und für alle zugänglich zu machen. Die unterschiedlichen Schulwege der Kinder unterschiedlicher Herkunft veranschaulichen ihre sehr unterschiedlichen Zukunftschancen. Wurzel dieses Übels ist der schlechte Zustand der öffentlichen Schulen.

Schon im ersten Jahr nach der Reform von 2003 wurden 1,3 Millionen Kinder mehr eingeschult als vor der Reform. Die Staatsschulen waren damit angesichts unzureichender Infrastruktur und mangelnden Lehrpersonals völlig überfordert. Sie waren überfüllt, die Qualität des Unterrichts litt.

Viele Eltern schickten ihre Kinder daraufhin auf Privatschulen, was viele sich eigentlich nicht leisten konnten; für sie bedeutete das, entweder Schulgeld zu zahlen oder Geld für andere Notwendigkeiten wie zum Beispiel Essen zu haben.

Private Bildung ist nirgends billig. Aber die Kosten variieren erheblich. Laut der Datenbank Internationaler Schulen (International Schools Database) kostet eine Privatschule normalerweise zwischen 635 000 und 2,9 Millionen kenianische Schilling im Jahr – etwa 6 300 bis



Überfüllte staatliche Grundschule in Kisumu, Kenia.

30 000 Dollar. Selbst ein privater Kindergarten kostet 3 000 Dollar jährlich und damit 17 Prozent mehr, als ein Doktorand pro Jahr an die staatliche Universität zahlt. Die internationale Bridge School Academy hingegen nimmt nur rund sieben Dollar pro Kind im Monat (siehe Kasten nächste Seite).

Eine Studie von 2017 über die Zunahme von Privatschulen (Zuilkowski et al., 2018) zeigt, dass viele Eltern, die sich für private Bildung entscheiden, zwischen 600 und 1 200 Dollar im Monat verdienen. Damit liegen sie unwesentlich über dem monatlichen Durchschnittseinkommen von 500 Dollar. Trotzdem sind diese Familien dem Bericht nach „bereit, bis zu 40 Prozent ihres Einkommen für die Bildung aller Kinder in ihrem Haushalt auszugeben“.

Mit der Nachfrage ist auch die Menge der Privatschulen gestiegen. Laut der kenianischen Statistikbehörde ist die Anzahl privater Grundschulen zwischen 2003 und 2017 um 773 Prozent gestiegen – die der staatlichen Grundschulen hingegen nur um 33 Prozent. Es gab 216 Prozent mehr private weiterführende und 154 Prozent mehr staatliche weiterführende Schulen.

Trotz dieser Zahlen gibt es immer noch mehr öffentliche Schulen als private. Derzeit sind 33 Prozent der kenianischen Grund- und 15 Prozent der weiterführenden

Schulen privat. Diese Lücke schließt sich langsam, da Privatschulen weiterhin sehr gefragt sind.

### WARUM SIE MEHR ZAHLEN

Warum zahlen selbst arme Eltern Schulgeld, wo es doch angeblich kostenlose staatliche Bildung gibt? Zum einen stimmt es nicht, dass öffentliche Schulen nichts kosten. Eltern müssen gelegentlich für Schuluniformen, Renovierungen und dergleichen aufkommen.

Wichtiger aber ist die wahrgenommene Qualität des Unterrichts. An Privatschulen haben die Lehrer meist mehr Zeit für den Einzelnen, sie geben auch eher Hausaufgaben auf. Die Lehrpläne sind solider und die Einrichtungen in einem besseren Zustand als an den öffentlichen Schulen.

Einige Privatschulen haben Teppichböden, und die Lehrer nutzen Smartboards (interaktive Whiteboards) statt Kreidetafeln. An Privatschulen wird zudem nicht nur den Kindern mehr Aufmerksamkeit geschenkt, sondern auch den Eltern.

„Privatschulen sind klar besser ausgestattet, nicht überfüllt und meist gut strukturiert und organisiert“, sagte Bildungsexperte Geoffrey Wango von der Universität

von Nairobi kürzlich gegenüber der renommierten Tageszeitung Daily Nation.

An Staatsschulen dagegen ist es nicht ungewöhnlich, dass sich drei Schüler einen Pult teilen. Schulbücher sind meist Mangelware und die Lehrer schlecht bezahlt. Als die Regierung Laptops in Grundschulen einführen wollte, scheiterte das an Korruption und Missmanagement.

Neben diesen objektiven Unterschieden gibt es einen subjektiven Faktor: Viele Eltern sehen Privatschulen als Chance, die soziale Leiter hochzuklettern, was an Staatsschulen nicht der Fall ist. Deshalb wollen sie ihre Kinder von Staatsschulen fernhalten. Ein Elternteil sagte in dem oben zitierten Bericht: „Öffentliche Schulen sind sehr unsicher, weil so viele Kinder aus armen Familien dort hingehen.“ Andere sagten, die Kinder an öffentlichen Schulen seien „immer dreckig.“

### EIN TREND, DER SPALTET

Der Wandel von öffentlicher zu privater Bildung ist – so verständlich die Gründe aus sein mögen – umstritten. Einerseits bieten günstige Privatschulen meist ein besseres Lernumfeld als öffentliche Schulen, was die Chancen der Schüler erhöht. Andererseits versprechen einige Privatschulen mehr, als

sie bieten, und erfüllen gerade mal die Mindestanforderungen. Außerdem nehmen sie allein durch ihre Existenz den Druck von der Regierung, wie im Gesetz von 2003 vorgesehen, universelle hochwertige staatliche Bildung zu gewährleisten.

In einem Kommentar in der Zeitung *The Standard* war zu lesen, dass die Verbreitung privater Schulen soziale Unterschiede vertiefe und zu einem sozio-ökonomischen Kastensystem führen könne. „Bald wird es so sein, dass jene, die das Privileg der privaten Bildung genossen haben, alle Positionen im öffentlichen und privaten Sektor besetzen, während jene, die staatliche Schulen besucht haben, sich mit minderwertigen Jobs zufriedengeben müssen.“

Für die 15 Millionen kenianischen Kinder steht viel auf dem Spiel. Gute Bildung –

staatlich oder privat – ist der Schlüssel zum Erfolg. Das gilt für alle sozialen Schichten, nicht nur für die Reichen, die ihre Kinder gerne auf Eliteuniversitäten in Europa und Amerika schicken.

Privatschulen unterstützen dieses Bestreben, indem sie ausländische Lehrpläne nutzen und so den Standards englischer, nordamerikanischer, deutscher oder französischer Schulen entsprechen. Staatsschulen tun das meist nicht. Das und der Unterschied bei den Bildungsstandards sorgen schon in frühen Jahren für soziale Ungleichheit.

Wenn Kenia vermeiden will, dass sich eine Bildungskaste etabliert, muss die Regierung ihre Zusagen von 2003 einlösen. Sie muss in gute öffentliche Bildung investieren, um zu gewährleisten, dass die Zukunft

junger Kenianer nicht nur vom Vermögen und der Bereitschaft ihrer Eltern abhängt, Geld für ihre Bildung auszugeben.

**QUELLE**

Zuilkowski, S., Piper, B., Ong'ele, S., and Kiminza, O., 2018: Parents, quality, and school choice: why parents in Nairobi choose low-cost private schools over public schools in Kenya's free primary education era. *Oxford Review of Education*, Volume 44, Issue 2.



**ALPHONCE SHIUNDU**  
ist kenianischer Journalist und Faktenchecker mit Sitz in Nairobi.  
Twitter: @Shiundu

## Preisgünstige Privatschulen

Private Bildung ist in Kenia weit gefächert, sie reicht von teuren, gut ausgestatteten Lehranstalten mit erstklassigem Personal bis zu spärlich ausgestatteten, maroden Schulen, die gerade so die Mindeststandards erfüllen. Es überrascht nicht, dass manch günstige Privatschule ihr Versprechen, guten Unterricht zu bieten, nicht einlöst.

Preisgünstige Privatschulen gibt es vor allem in informellen Siedlungen oder abgelegenen ländlichen Gebieten. Sie haben selten die Vorzüge, die die besseren oder sehr teuren Privatschulen bieten und ganz gewiss keine Kunst-, Musik-, Fußball-, Schwimm- oder Ballettclubs. Diesen Mangel machen sie aber durch ihre Ausstattung und das Niveau der Bildung wett. Normalerweise stehen die Lehrer dort unter strenger Aufsicht, teilweise so sehr, dass Schulen schon unterstellt wurde, ihre Mitarbeiter auszubeuten.

Es gibt diverse Arten von billigen Privatschulen, darun-

ter etliche informelle. Besonders umstritten ist die internationale von Weltbank und Gates-Stiftung unterstützte Bridge Schools Academy. Diese unterhält eine ganze Kette von mehr als 400 Schulen in Kenia, in denen insgesamt mehr als 100 000 Schüler unterrichtet werden. Laut Maria Pawelec von der Universität Tübingen lernen sie dort vor allem auswendig. Über Tablets wird die Arbeit der Lehrer permanent erfasst, was sie dazu zwingt, sich strikt an den vorgegebenen Lehrplan zu halten. Das sorgt für wenig Abwesenheit, nimmt aber auch den Spielraum für eine persönliche Interaktion mit den Schülern. Auf die örtliche Kultur kann schon gar nicht eingegangen werden. Pawelec zufolge untergräbt der internationale Lehrplan gar die nationale Souveränität. Die Bridge Schools kosten nur sieben Dollar pro Kind und Monat.

Im November 2017 kündigte die Weltbank eine Eva-



uation der Bridge Schools in Kenia an – bisher wurde dazu allerdings nichts veröffentlicht. Kritiker beklagen, dass Niedrigpreisschulen in Entwicklungsländern oft keine professionellen Lehrer haben (siehe auch Rezensionssaufsatz auf S. 32 in dieser Ausgabe). Das ist in Kenia normalerweise nicht der Fall. Das Lehrpersonal der günstigen Privatschulen stammt in der Regel aus der großen Menge ausgebildeter, aber arbeitsloser Pädagogen oder sonstiger Hochschulabsolventen, die keinen besseren Job finden. Sie bekommen we-

niger als ihre Kollegen an besseren Privatschulen, aber mehr als Staatsschullehrer.

Anders als Staatsschullehrer erhalten Privatschullehrer Boni, wenn ihre Schüler gute Testergebnisse aufweisen. Solche Anreize können eine Menge bewirken. Niedrigpreisschulen machen zwar keine schicken Angebote wie teure Einrichtungen, aber sie bieten Anreize, die die Zukunftschancen der Schüler verbessern. Gewissermaßen übertreffen sie tatsächlich schlechte öffentliche Schulen – doch sie bieten armen Kindern nicht annähernd die Möglichkeiten, die reiche Kinder an teuren Privatschulen bekommen. (as)

**LINK**

Pawelec, M., 2018: How Bridge International's tech-driven for-profit schools in Africa may reinforce global power inequalities.

<https://www.sicherheitspolitik-blog.de/2018/06/19/how-bridge-internationals-tech-driven-for-profit-schools-in-africa-may-reinforce-global-power-inequalities/>

# Aufschwung und Fall

Die Houdegbe North American University Benin (HNAUB) war einmal eine vielversprechende neue Privathochschule mit Standorten in Cotonou und Dekanmey. Wegen Finanzproblemen ruht mittlerweile der Betrieb. Karim Okanla, ein ehemaliger Dozent, erläutert Hans Dembowski im Interview die Geschichte von HNAUB. Aus seiner Sicht bleiben private Hochschulen für Afrika wichtig.

Karim Okanla im Interview mit Hans Dembowski

## Welche Bedeutung haben Privatuniversitäten in Benin?

Sie spielen durchaus eine Rolle. Rund 20 Prozent aller Hochschulstudenten sind dort eingeschrieben. Die Branche wächst schnell, was unter anderem daran liegt, dass staatliche Universitäten überfüllt und

unattraktiv sind. Wer dort eine Vorlesung besuchen will, muss beispielsweise Stunden vorher im Hörsaal sein, um einen Platz zu bekommen. Leider finden auch Unternehmer die Kenntnisse der Absolventen wenig beeindruckend, staatliche Abschlusszeugnisse helfen nicht immer bei der Arbeitssuche.

## Sind private Institutionen besser?

Manche sind ziemlich gut, etwa die African School of Economics in Abomey-Calavi, die von Wissenschaftlern der amerikanischen Princeton University etabliert wurde. Die kürzlich gegründete IRGIB-Afrika-Universität hat auch einen guten Ruf. Das Kürzel steht für Institut Régional du Génie Industriel des Biotechnologies et Sciences Appliquées (Regionales Institut für Industrietechnik, Biotechnik und angewandte Wissenschaften). Ich selbst habe zur Zeit

Lehraufträge an der ESGIS, der Ecole Supérieure de Gestion d'Informatique et des Sciences (Hochschule für Daten- und Wissenschaftsmanagement), die recht gute Arbeit in Benin, Togo und Gabun leistet. Ich könnte weitere Institutionen mit gutem Niveau nennen. Die Szene ist aber unübersichtlich, weil es viele verschiedene Einrichtungen gibt und manche vermutlich nicht einmal zugelassen sind. Ein College ist nicht gut, nur weil es privat ist.

## Sie arbeiten nicht mehr wie früher an der HNAUB. Was ist passiert?

Ich habe dort sehr unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Als ich im März 2010 anfang, liefen die Dinge gut. Leider war das Management schlecht, sodass es später Finanzprobleme gab. 2016 zahlte HNAUB nur noch sporadisch Gehälter. Insolvenzgerüchte verbreiteten sich schnell, die Lage verschlechterte sich, und als die Studiengebühren plötzlich bar bezahlt werden sollten, weckte das zusätzliches Misstrauen, denn Bargeldzahlungen machen es leichter, Verantwortung zu umgehen. Anfang 2018 gab es nur noch einige hundert Studenten und im zweiten Halbjahr stand der Lehrbetrieb dann still. Mindestens zwei Dozenten starben, weil sie ärztliche Behandlung nicht bezahlen konnten. Wir hofften damals, die Situation werde sich wieder bessern, doch das geschah nicht.

## Sie haben den Aufstieg und Fall von HNAUB miterlebt. Wie beurteilen Sie die Geschichte der Hochschule?

Die Geschäftsidee war brillant, aber manche Studiengänge hatten leider kein gutes Niveau. Der Hintergrund ist, dass unser Nachbarland Nigeria eine riesige Bevölkerung hat und relativ wohlhabend ist. Doch für Millionen junger Menschen, die dort einen Hochschulabschluss anstreben, gibt es zu wenig Universitäten. Octave Houdegbe, der Gründer von HNAUB, kam auf die Idee, jungen Nigerianern aus Mittelschicht-Familien Studiengänge anzubieten. Im Schnitt zahlten sie pro Semester 1000 Dollar Studiengebühren, was in Benin sehr viel Geld ist. Wer sich für Wirtschaftsstudiengänge einschrieb, musste noch mehr berappen und erst recht, wer voll versorgt in Wohnheimen unterkam. Nigeria ist anglophon und Benin frankophon. HNAUB war bilingual, aber die meisten Veranstaltungen liefen auf Englisch. Die Hochschule wuchs schnell. Zeitweilig



Ein Screenshot aus besseren Tagen: HNAUB-Homepage im Jahr 2012.

hatte sie etwa 15 000 Studenten. Nicht alle, aber die meisten kamen aus Nigeria. Zum Jahrtausendwechsel wuchs die Wirtschaft dort schnell. Wegen des Irak-Kriegs stiegen damals die Ölpreise. Die Buchhaltung von HNAUB war nie transparent, aber es ist bestimmt kein Zufall, dass die Finanzprobleme begannen, als die nigerianische Volkswirtschaft 2016 in Schwierigkeiten geriet. Klar ist, dass Houdegbe die Universität wie einen Familienbetrieb führte, aber zunehmend mit anderen Dingen beschäftigt war. So ist er zum Beispiel traditioneller Voodoo-Meister und wurde ins Parlament gewählt. Bekanntlich kosten Wahlkämpfe viel Geld.

**Was entsprach nicht akademischen Standards?**

Es gab viele Schwachstellen:

- HNAUB hatte kein ordentliches Zulassungsverfahren. Eingeschrieben wurde, wer die Studiengebühren zahlt.
- Die Einrichtungen waren mangelhaft, der Bibliotheksbestand nicht aktuell, wir hatten keine Lehrbücher. Ich brachte welche aus dem Senegal, Europa und Nordamerika mit oder bestellte sie im Ausland. Manchmal empfahl ich meinen Studenten, online E-Bücher zu kaufen.
- Ich arbeitete für die Fakultäten für Massenmedien und für internationale Beziehungen, aber es gab weder eine Hochschulzeitung noch ein Campus-Radio. So konnten wir angehenden Journalisten keine Praxiserfahrung vermitteln. Es gab nicht einmal Computer, Multimedia-Arbeit war dadurch unmöglich. Ich riet Studenten, statt der HNAUB Summer School lieber Praktika in Medienhäusern oder PR- und Werbeagenturen zu machen.
- Die Lehr- und Hörsäle waren zunehmend überfüllt. Besonders anstrengend war, wenn in unserem schwülen Klima der Strom ausfiel.
- Wer den Journalismus-Studiengang abschloss, musste im Abschlussjahr nicht einmal forschen. Nach 120 Credit hours bekamen unsere Absolventen ihren Bachelor.

**Diese Zeugnisse waren vermutlich wertlos. Haben sie Absolventen geholfen, gute Jobs zu finden?**

Völlig wertlos waren sie nicht. Das Feedback, das mich erreicht, ist durchwachsen. Manche Absolventen tun sich auf dem Arbeitsmarkt eindeutig schwer. Anderen geht es gut, und ich denke, oft spielt da der fami-

liäre Hintergrund eine Rolle, wenn jemand beispielsweise im Familienbetrieb anfangen kann oder aufgrund von Kontakten eine Stelle bekommt.

**Warum blieben so viele Studenten trotz der vielen Schwachpunkte, warum blieben Sie selbst?**

Ich sagte ja schon, dass die Nachfrage nach höheren Bildungsabschlüssen riesig ist und staatliche Institutionen der Aufgabe nicht gewachsen sind. HNAUB hatte anfangs richtig Schwung. Lange schien Geld kein Problem zu sein. Einmal bekamen Dozenten wie ich auf einen Schlag eine Gehaltserhöhung von 50 Prozent, was uns natürlich gefiel. Wir wollten die Universität stärker machen, nicht nur was die Studentenzahlen betraf, sondern auch die Qualität der Lehre, und wir hatten allen Grund, auf Verbesserung zu hoffen. HNAUB war generell anerkannt. Einmal kam der deutsche Botschafter zu Besuch, um mit Studierenden der Fakultät für internationale Beziehungen zu diskutieren. Die Studierenden waren auch beeindruckt, dass einige Dozenten weiße US-Bürger waren.

**Was wurde aus denen, die ihr Studium nicht abschließen konnten, weil der Lehrbetrieb eingestellt wurde?**

Sie hatten nur ihre Augen zum Weinen ... In der Tat blieb ihnen nichts anderes übrig, als ihre Sachen zu packen und nach Hause zu fahren. HNAUB zu verklagen, hat keinen Sinn. Wir haben keinen starken Rechtsstaat, und weder ehemalige Studierende noch Lehrende würden Geld sehen, wenn sie Houdegbe vor Gericht ziehen. Als Abgeordneter genießt er Immunität, und er hat enge Verbindungen zu den Parteien, die unseren Präsidenten unterstützen. In der Tendenz gibt es hierzulande keine starken Institutionen, Anwälte können einem da kaum helfen.

**Welche Lehren sollte Benin aus der HNAUB-Geschichte ziehen?**

Lassen Sie mich zuerst sagen, dass dies eine versäumte Chance war. Wenn HNAUB die Erwartungen erfüllt hätte – und es wäre möglich gewesen –, dann hätten wir einen Teil der künftigen Elite Nigerias ausgebildet. Stattdessen hat das Ansehen unseres Landes gelitten – zumindest bei den betroffenen Studierenden und ihren Familien. Generell denke ich, die Hauptlehre muss sein,



dass Bildung echtes Engagement erfordert. Universitäten sollten nicht gewinnmaximierende Unternehmen sein. Sie müssen jedenfalls Regeln unterliegen, die sicherstellen, dass Studierende einen echten Gegenwert für ihr Geld bekommen. Studiengebühren müssen in die Einrichtungen, den Lehrkörper und die Forschung investiert werden.

**Benins Hochschulwesen braucht also Reformen?**

Ja, und die staatliche Aufsicht muss besser werden. Reformen sollten schrittweise umgesetzt werden, denn wir müssen nun mal mit begrenzten Kapazitäten auskommen. Vor ein paar Jahren wollte die Regierung vorschreiben, dass sämtliche Hochschuldozenten promoviert haben. Das war unrealistisch, denn es gibt hierzulande nicht genügend potenzielle Hochschuldozenten mit Dokortitel. Wie ich haben viele Lehrende einen Masterabschluss und eine lange Praxiserfahrung. Ich habe unter anderem für die UN und die Weltbank gearbeitet. Die Politik muss die gegebenen Kapazitäten berücksichtigen. Reformen dürfen diesen wichtigen Sektor nicht lähmen. Es wäre aber sinnvoll, die Steuerlast für private Hochschulen zu senken und ihnen die zollfreie Einfuhr von Lehrmaterial zu gestatten. Benin braucht einen Rechtsrahmen, der private wie staatliche Hochschulen befähigt, nach und nach den internationalen Standards zu entsprechen. In vielen anderen afrikanischen Ländern ist das ganz ähnlich.



**KARIM OKANLA**  
ist Medientrainer und freier Autor. Er war HNAUB-Angestellter und lehrt nun an anderen Einrichtungen wie

etwa dem ESGIS-Campus in Benin.  
karimokanla@yahoo.com

# Ein überbewertetes Vorbild

**Aus der ganzen Welt schicken Eltern ihre Kinder in die USA, damit sie eine gute Bildung erhalten. Dafür, dass das gelingt, gibt es keine Garantie. Das US-Bildungssystem ist kompliziert, reproduziert Privilegien und bietet nicht allen eine Aufstiegschance.**

Von Cema Tork

Laut der staatlichen US-Behörde National Center for Education Statistics (NCES) belegten die USA 2015 beim Lernerfolg für Mathematik bei den 15-Jährigen Platz 36 in der Welt, Platz 19 für Naturwissenschaft und Platz 15 für Lesen.

Rund 84 Prozent der Oberstufenschüler machen den High-School-Abschluss. Diese Quote scheint gut, allerdings haben Menschen ohne diesen Abschluss in den USA keine Chance, jemals einen gut bezahlten Job zu bekommen.

Die USA schneiden im Bildungsbereich nicht wirklich schlecht ab, sie sind aber auch nicht besonders gut. Dennoch entscheiden sich viele Menschen aus anderen Ländern für einen Bildungsweg in den USA. Die Gründe dafür sind, dass

- viele Schüler und Studenten schon Englisch können,
- Abschlüsse aus den USA auf der ganzen Welt anerkannt werden und
- die USA historisch ein Einwanderungsland mit guten Zukunftschancen sind.

Was viele nicht wissen, ist, dass das US-amerikanische Bildungssystem sehr komplex, facettenreich und nicht einfach zu verstehen ist. Viele glauben, dass Privatschulen das System hervorragend machen, aber diese sind nur ein kleiner Teil davon.

## GRUND- UND WEITERFÜHRENDE SCHULE

Die meisten Amerikaner besuchen eine Grund- und danach eine weiterführende Schule. Es gibt in den Bundesstaaten Schulpflicht bis zum Alter von 16 bis 18 Jahren. Staatliche Schulen sind kostenfrei zugänglich. Die öffentlichen Schulen unterliegen der Kontrolle der Bundesstaaten. Lehrpläne und Fördermöglichkeiten variieren von Staat zu Staat.

Laut NCES wendete die öffentliche Hand pro Schüler durchschnittlich ungefähr 12.000 Dollar im Schuljahr 2014/2015

auf. Das waren 29 Prozent mehr als der Durchschnitt in den Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Vielen wohlhabenden Eltern sind die öffentlichen Schulen trotzdem nicht gut genug. Sie schicken ihre Kinder lieber auf Privatschulen. Nach NCES-Angaben besuchten 2015 ungefähr zehn Prozent der Schüler von Grund- und weiterführenden Schulen private Einrichtungen. Viele dieser Schulen sind an Kirchen und andere Religionsgemeinschaften gebunden, aber viele Eltern wählen sie nicht wegen des Glaubens. Sie wollen, dass ihre Kinder besser unterrichtet werden als an öffentlichen Schulen. Sie denken dabei an Hochschulzulassung, Status und Karrierechancen.

Die Unterschiede zwischen öffentlichen und Privatschulen sind groß. Laut einem OECD-Report sind Privatschulen in den USA besser ausgestattet als öffentliche Schulen. In Privatschulen herrscht in der Regel mehr Sicherheit und weniger Kriminalität als in öffentlichen. Auch die Lehrer sind häufig besser. Privatschullehrer werden besser bezahlt und müssen weniger arbeiten. Nicht überraschend ist das Leistungsvermögen von Schülern an Privatschulen im Allgemeinen besser.

Wegen der hohen Schulgebühren kommen die Kinder meist aus privilegierten Haushalten. Außerdem bevorzugen Privat-



**Quotierungen bedeuten nicht, dass farbige Studenten einen leichten Weg zum Hochschulabschluss haben.**

schulen Schüler mit entsprechendem Familienhintergrund und Status.

Zudem ist die Ungleichheit auch innerhalb des öffentlichen Schulsystems immens. Angehörige der amerikanischen Ureinwohner, Afroamerikaner und Hispanics schneiden bei den Abschlüssen im Schnitt schlechter ab als weiße Schüler.

Öffentliche Schulen in afroamerikanisch dominierten Gegenden haben einen schlechteren Ruf als öffentliche Schulen in Gegenden mit weißer Mehrheit. Die finanzielle Unterstützung der Schulen hängt von der Grundsteuer ab, folglich können Gemeinden mit reicherer Bevölkerung mehr in das Schulwesen investieren.

Die lange Geschichte der Rassentrennung hat dazu geführt, dass farbige Minderheiten bis heute in eigenen Bezirken leben. Sie sind auf vielfache Weise benachteiligt. Laut NCES tendieren besonders Angehörige von Minderheiten dazu, Schulen in armen Kommunen zu besuchen. Afroamerikanische Schüler gehen seltener an Universitäten als ihre weißen Mitschüler.

Die Ungleichheit in der Bildung ist ein intensiv diskutiertes Thema, aber trotzdem hat es die Politik nicht vermocht, viel zu ändern. Kredite und Stipendien gleichen Einkommensunterschiede zum Teil aus, aber wer aus einer finanzschwachen Familie stammt, ringt an der Hochschule mit Geldsorgen. Die Chancenungleichheit beginnt im Kindesalter und wird von gesellschaftlicher Zugehörigkeit und dem Einkommen der Familie bestimmt.

## HOCHSCHULSITUATION

Schüler ohne Highschool-Abschluss haben kaum Chancen, einen Beruf mit guter Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen zu ergreifen. Dafür sind Hochschulabschlüsse nötig, und studieren ist teuer. Alle Hochschulen, egal ob öffentlich oder privat, erheben in den USA Studiengebühren. Diese ermöglichen es den Universitäten und Colleges, ihren Studenten gut gepflegte Grundstücke, teure Labore, gut ausgestattete Bibliotheken und diverse Dienstleistungen zu bieten.

Es gibt verschiedene Arten von Hochschulen in den USA. Die angesehensten Universitäten sind international bekannte, private Universitäten wie Harvard, Princeton oder Stanford. Als Nächstes kommen angesehenere staatliche Universitäten, die

auch gut sind. Sie alle leisten Spitzenforschung. Die dritte Kategorie sind gewinnorientierte „Diplomfabriken“, die kaum Forschung betreiben und keine hohen akademischen Ansprüche haben. Ihre Namen sind überregional unbekannt.

Viele Amerikaner können sich teure Hochschulen nicht leisten. Das College Board, eine Evaluierungsinstitution, gibt an, dass die durchschnittlichen Kosten 8600 Dollar pro Student für ein Jahr Vollzeitstudium an einer Universität im Studienjahr 2018/2019 betragen. An Elite-Universitäten wie Harvard, Princeton und Yale sind Summen von bis zu 50000 Dollar pro Jahr normal.

Die Schüler mit den besten High-School-Abschlüssen werden automatisch an öffentlichen Universitäten angenommen, die durchschnittlich weniger als private Universitäten kosten. Studenten, die im eigenen Bundesstaat eine öffentliche Universität besuchen, zahlen normalerweise geringere Studiengebühren als Studenten, die aus anderen Bundesstaaten kommen. Viele junge Menschen nehmen Kredite auf, um studieren zu können, und verschulden sich damit für Jahrzehnte. Es ist möglich, aber schwierig, finanzielle Unterstützung zu bekommen. Man muss dafür viele bürokratische Hürden überwinden. Die Schulden der Studenten sind zu einem brisanten politischen Thema geworden, denn vielen fällt es schwer, die Kredite zu bedienen.

Für Familien mit niedrigem Einkommen gibt es eine Vielzahl von Stipendien und Zuschüssen, die die Studiengebühren und die Lebenshaltungskosten abdecken sollen. Einige Studenten können von diesem System profitieren. Die Frau des ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama, Michelle Obama, ist ein Beispiel dafür. Sie kommt aus einer Arbeiterfamilie in einem Schwarzenviertel von Chicago und hat es trotzdem geschafft, einen Jura-Abschluss an der Harvard University zu machen. Danach arbeitete sie bei einer führenden Anwaltskanzlei.

Die hohen Gebühren für die Eliteschulen und -universitäten bedeuten aber, dass reiche, weiße Studenten die besten Chancen haben. Sie dominieren die Universitätskultur. Farbige Studenten fühlen sich marginalisiert. Einige Minderheitsschüler leiden unter dem sogenannten „Hochstapler-Syndrom“. Sie sind unsicher, ob sie wirklich an die Uni gehören.

Der Schwiegersohn von Präsident Donald Trump, Jared Kushner, ist ein gutes Beispiel dafür, wie Privilegien in den USA funktionieren. Laut dem New York Magazine spendete Kushners Vater Millionen von Dollar, um seinen Sohn nach Harvard schicken zu können. Sogar Kushners High-School gab zu, dass er eigentlich für diese Spitzenuniversität unzureichend qualifiziert war.

Das war vor 20 Jahren, aber die Situation hat sich nicht geändert. In den vergangenen Wochen haben US-Medien einen umfangreichen Skandal über die Zulassung an Universitäten aufgedeckt, an dem etwa 50 Personen, darunter 33 wohlhabende Eltern, beteiligt sind. Die einfache Wahrheit ist, dass einige Eltern ihre Kinder durch Bestechung an die Hochschulen bringen, weil sie die Zulassungsbedingungen nicht erfüllen. Studierende ohne diese Art von Unterstützung müssen hart arbeiten und hervorragende Leistungen bringen, um aufgenommen zu werden.

Quotierungen sind seit vielen Jahren ein kontroverses Thema. Ein Mindestanteil der Studierenden an den Universitäten muss den Minderheiten angehören. Konservative behaupten, dass dies den Wettbewerb verzerre und weiße Schüler diskriminiere. Sie lehnen deshalb die Quotierungspolitik ab. Was sie willentlich übersehen, ist, dass der Großteil der weißen Studenten letztlich aufgrund von Familienzugehörigkeit, Wohlstand und systematischen Privilegien zugelassen wird.

An den privaten Eliteuniversitäten gibt es viele Studenten, die nicht wegen ihrer schulischen Leistungen dorthin gekommen sind. Sie besetzen Studienplätze, die – ginge es nur um Leistung – anderen zustehen würden.

### LINK

**National Center for Education Statistics: The Condition of Education 2018.**

<https://nces.ed.gov/pubs2018/2018144.pdf>



**CEMA TORK**

ist Praktikantin bei E+Z/D+C, finanziert vom Congress-Bundestag-Jugendaustausch (CBYX). Dieses Programm

entsendet 75 junge Amerikaner nach Deutschland und 75 junge Deutsche in die USA.

[cematork@gmail.com](mailto:cematork@gmail.com)

# Manchen bleibt keine andere Wahl

**Ein Standardargument in der Debatte über die Finanzierung der UN-Entwicklungsziele für Nachhaltigkeit (Sustainable Development Goals – SDGs) ist, die Privatwirtschaft müsse involviert werden, weil öffentliche Haushalte überfordert seien. Entsprechende Thesen werden auch mit Blick auf Bildungsziele aufgestellt.**

Von Hans Dembowski

Die Beraterfirma Caerus Capital veröffentlichte 2017 einen Bericht mit dem Titel: „The Business of Education in Africa“. Die Autoren schätzten, dass seinerzeit 21 Prozent der afrikanischen Kinder und Jugendlichen Privatschulen besuchten und dass die Quote bis 2021 auf 25 Prozent steigen werde. Der Investitionsbedarf betrug ihnen zufolge rund 20 Milliarden Dollar in fünf Jahren.

In Europa meinen viele Bürger, vor allem wenn sie eher dem linken Lager angehören, private Bildung verschärfe soziale Ungleichheit. In Entwicklungsländern wird diese Skepsis nicht im gleichen Maße geteilt. Der Grund ist, dass staatliche Schulen in Ländern mit hohem Einkommen meist zuverlässig arbeiten, in vielen Entwicklungsländern aber sehr schlecht sind.

Im Bericht heißt es über Entwicklungsländer: „Selbst wenn die Mittel aufgestockt werden, wird die öffentliche Hand auf Dauer weder genug Geld noch ausreichende Kapazitäten haben, um alleine zu agieren. Ergänzende Lösungen der Privatwirtschaft – ob profitorientiert oder gemeinnützig – können dazu beitragen, die Lücken zu füllen.“ Die Hauptprobleme seien Zugang, Qualität und Relevanz der Lehrpläne.

Der Report stellt mehrere Thesen auf:

- Konkurrenz von Privatinstitutionen könne öffentlichen Einrichtungen zu besseren Leistungen stimulieren.
- Private Institutionen könnten Innovationen einführen, die öffentliche Institutionen später übernehmen.
- Private Anbieter fokussierten stärker darauf, welche Kenntnisse der Arbeitsmarkt fordert.
- Besonders schlecht seien häufig staatliche Hochschulen.

Der Report räumt ein, private Bildung könne soziale Ungerechtigkeit verschärfen, urteilt aber, die Vorteile überwiegen insgesamt die Nachteile. Der Staat habe drei Schlüsselrollen als „Wächter“, „Befähiger“ und „Partner“ aller Bildungseinrichtungen. Nötig sei stimmige Regulierung von privaten und öffentlichen Schulen, und wichtig sei die Definition nationaler Lernziele.

Der Bericht entstand mit Förderung wichtiger Geberinstitutionen wie USAID, der Aga-Khan-Stiftung und dem britischen Entwicklungsministerium (Department for International Development – DfID). Ein interessanter Aspekt ist, dass er informellen Bildungseinrichtungen große Bedeutung beimisst. Die Beraterfirma schätzt, dass regulär registrierte Unternehmen nur etwa 2 Milliarden der 20 Milliarden Dollar aufbringen dürften, die Afrika braucht. Aus ihrer Sicht kommen besonders örtliche Konzern-Konglomerate sowie internationale Bildungsketten infrage.

Die International Finance Corporation (IFC) gehört zur Weltbank und fördert den Privatsektor. Sie veröffentlichte 2017 einen deutlich kürzeren Bericht mit ähnlichen Botschaften. Betont wird unter anderem die

Bedeutung von „Slumschulen“. Angesichts starker Landflucht hinkten Stadtplanung und Infrastrukturentwicklung der Urbanisierung hinterher. Entsprechend hätten Bevölkerungsgruppen in manchen der ärmsten Länder nur die Wahl zwischen „privater oder keiner Bildung“.

Die IFC-Autoren argumentieren zudem, Eltern hätten in Privatschulen mehr Einfluss. Ihnen zufolge sind private Einrichtungen kosteneffizienter, zugleich aber für die Familie teurer. Im Hochschulsektor erkennt IFC ein großes Potenzial für internetbasierte „Massive Open Online Courses“ und lobt Initiativen von privaten US-Eliteuniversitäten (MIT, Harvard, Stanford).

Die Ausführungen von Caerus und IFC sind plausibel. Ob sie empirisch richtig sind, steht auf einem anderen Blatt. Die IFC-Autoren fordern mehr Forschung. Ihr Papier stützten sie großteils auf eine rigorose Metaanalyse, die das DfID 2014 auf Basis empirischer Veröffentlichungen anfertigen ließ.

Die Wissenschaftler testeten anhand der Daten mehrere Hypothesen. „Starke“ Belege fanden sie nur für eine: Der Unterricht ist in Privatschulen tatsächlich besser. Nur „moderate“ Evidenz fanden sie dagegen dafür:

- dass Schüler in Privatschulen mehr lernten,
- dass Privatschulen teurer seien oder
- dass Behörden private Bildungseinrichtungen kompetent überwachen und regulieren könnten.

Was Geschlechtergerechtigkeit, Versorgung der armen Landbevölkerung und Verantwortung gegenüber Familien angeht, befanden die Autoren die Datenlage für klare Aussagen für zu schwach.

## LINKS

**Caerus Capital, 2017: The business of education in Africa.**

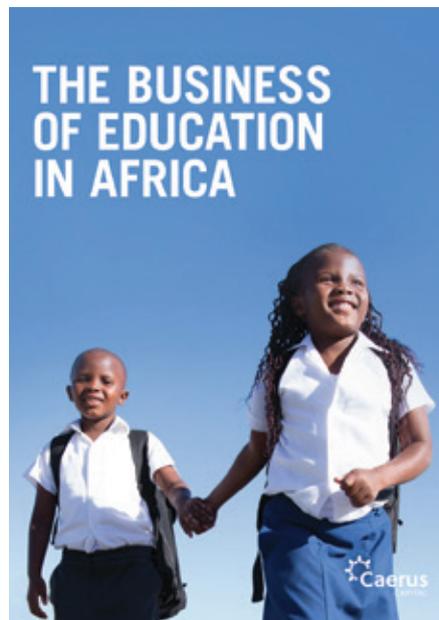
<https://edaficareport.caeruscapi.com/thebusinessofeducationinafrica.pdf>

**DfID, 2014: The role and impact of private schools in developing countries.**

[https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment\\_data/file/439702/private-schools-full-report.pdf](https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/439702/private-schools-full-report.pdf)

**IFC, 2017: Private provision of education: opportunities for emerging markets.**

<http://documents.worldbank.org/curated/en/661781489044945872/pdf/113246-BRI-EM-Compass-Note-32-Education-PUBLIC.pdf>



Titel des Caerus-Reports.

## Privater Profit, öffentlicher Verlust

Manche Ketten von gewinnorientierten Privatschulen behaupten, sie dienten benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Experten zivilgesellschaftlicher Organisationen lehnen deren Geschäftsmodelle, die auf geringen Schulgebühren beruhen, ab. Der bekannteste Anbieter solcher Schulen ist Bridge International Academies aus den USA.

Die Global Campaign for Education ist ein Dachverband zivilgesellschaftlicher Organisationen. Mit redaktioneller Unterstützung von Oxfam und Action Aid veröffentlichte sie 2016 eine Studie mit dem Titel „Private profit – public loss“. Ihr zufolge sind gewinnorientierte Schulen mit niedrigen Gebühren keine angemessene Antwort auf die Grundschulkrise, die viele Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen plagt. Ein Fazit lautet: „Weitere Investitionen in Privatschulen mit niedrigen Gebühren wären ein gefährliches Experiment, das eine Generation der ärmsten Kinder der Welt ihrer besten Chance, im Leben Erfolg zu haben, berauben könnte – mit langfristigen Folgen für das öffentliche Bildungswesen.“

Die Fachleute räumen ein, staatliche Schulen seien in vielen Ländern ihren Aufgaben nicht gewachsen. Das liege allerdings an unzureichender Finanzierung. Folglich fordert der Bericht höhere Steuern und eine Finanzpolitik, die ausreichende Investitionen ermöglicht, um die Leistungsfähigkeit von Schulen sicherzustellen. In Ländern mit hohen Einkommen funktioniere das öffentliche Bildungswesen

nämlich meist gut und diene der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung.

Die Autoren halten es für ein Alarmzeichen, dass in entwickelten Ländern nur fünf Prozent der Grundschüler private Einrichtungen besuchen, die entsprechende Quote in Entwicklungsländern aber 13 Prozent betrage. Derweil sei der öffentliche Sektor in einigen Ländern wie Taiwan, Thailand und Luxemburg dem privaten sogar überlegen. Anderswo seien Privatschulen oft nicht gut,

sondern nur nicht so schlecht wie dysfunktionale und vernachlässigte Staatsschulen.

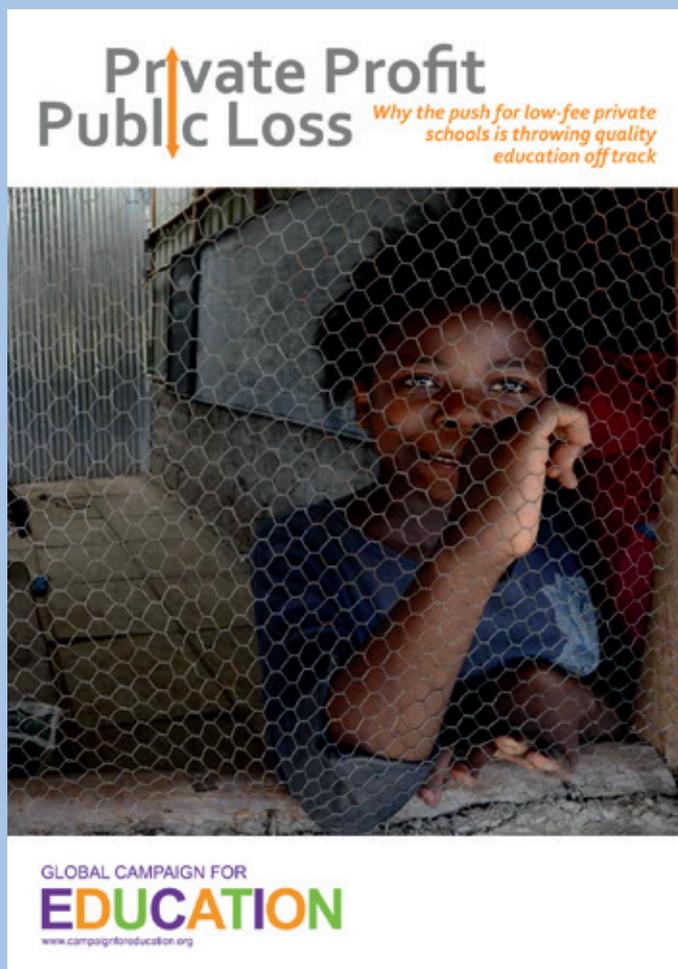
Bridge ist dem Bericht zufolge nicht die einzige problematische Schulkette. Genannt werden auch Omega in Ghana und APC auf den Philippinen. Ähnliche Marken gäbe es auch in Südafrika und Nigeria. In reichen Nationen erwarte niemand, dass die Ärmsten Geld für Privatbildung ausgeben. Ihnen müssten öffentliche Dienstleistungen gratis zur Verfügung stehen. In vielen Entwicklungsländern gelte das erst recht, denn die Staatsfinanzen stützten sich häufig auf Verbrauchs- und Mehrwertsteuern, die zu einem

erheblichen Anteil von armen Menschen bezahlt würden.

Die Experten werteten empirische Untersuchungen aus und stellten fest, dass die Schulketten mit niedrigen Gebühren viele Erwartungen nicht erfüllten. Sie seien beispielsweise für die Ärmsten nicht erschwinglich. Betroffene Familien hätten oft viele Kinder und könnten auch niedrige Gebühren nicht für alle bezahlen. Viele Eltern würden zudem eher Geld für ihre Söhne als ihre Töchter ausgeben. Kinder mit Behinderungen würden erst recht vernachlässigt.

Generell wird angenommen, Privatschulen seien innovativer und hätten bessere Lehrer. Auch das stimmt dem Urteil der zivilgesellschaftlichen Experten nach nicht. Länder mit niedrigem Einkommen hätten ohnehin nicht genügend ausgebildete Pädagogen, und an den Schulen der Billigketten hätten Lehrkräfte oft gar keine Ausbildung. Es verschärfe die Probleme, dass deren Geschäftsmodelle auf Standardisierung und Skalenvorteile abzielten, was moderner, lernendenzentrierten Pädagogik offensichtlich widerspreche.

Privatschulen sind aus Sicht der Autoren kein Mittel der Armutsbekämpfung. Ihr Urteil lautet: „Das Versagen öffentlicher Bildungsinstitutionen ist nicht systemimmanent, sondern kann mit ausreichender Finanzierung, starken Konzepten und politischem Willen behoben werden.“



Titel des Global Campaign for Education reports.

### LINK

Global Campaign for Education, 2016: Private profit – public loss. <https://www.campaignforeducation.org/en/2016/06/29/private-profit-public-loss/>



# Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



www.twitter.com/forumdc



## D+C

Tweets 13.500 Folge ich 2.058 Follower 4.660 Gefällt mir 196 Listen 7

Folgen

### Editorial office D+C

@forumdc

D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation. Imprint: ow.Jy/N8iV30kfnGm

Frankfurt, Germany

dandc.eu

Beigetreten Januar 2010

5.226 Fotos und Videos



### Tweets Tweets & Antworten Medien



Editorial office D+C @forumdc · 2 Std.  
Relevant reading on why #private #education can make a difference in developing countries ow.Jy/yoz630oyyBa #development #globaldev @IFC\_org @WorldBank @DFID\_UK @DavidFerreira



### Neu bei Twitter?

Melde dich jetzt an, um deine eigene, personalisierte Timeline zu erhalten!

Registrieren

### Vielleicht gefällt dir auch

Aktualisieren



ODI @ODIdev



Oxfam America @OxfamAmerica



Modi Once More @Kaaryskarta

